



Mitgliederzeitung der SP Schweiz

124 • CH Januar 2012 AZB 3001 Bern

Bild: Margareta Sommer



«Es wird andere Akzente geben»

Keine Interviews während der ersten hundert Tage, lautet eine Regel. Für seine Partei hat Bundesrat Alain Berset jedoch eine Ausnahme gemacht.

Seiten 2 und 3

AKTUELL



Nach sechs Jahren im Amt verlässt der Generalsekretär **Thomas Christen** die SP Schweiz und wechselt ins Departement des Innern.

Seite 13

POSITIONEN



Die alljährliche **Gesundheitsretraite** der SP Schweiz ist zu einem Ort des offenen Dialogs über Berufsgruppen hinweg geworden.

Seite 15

PERSONEN



Seit Ende Jahr zwar offiziell AHV-bezugsberechtigt, aber noch lange nicht im Ruhestand: Ruth Straubhaar alias «**Strubi**».

Seite 17

«Es ist ein wenig, als würdest du von

Alain Berset ist seit etwas mehr als einem Monat Innenminister. Im Interview mit «links» spricht er darüber, wie es ist, plötzlich Bundesrat zu sein. Interview: Andrea Bauer und Jean-Yves Gentil

Du bist seit etwas mehr als einem Monat Bundesrat. Hast du schon realisiert, was mit dir geschehen ist?

Es gibt wohl kaum ein anderes Amt, bei dem Wahl und Amtsantritt so nahe beieinander liegen. Auf einen Schlag hat sich alles verändert. Am Tag nach der Wahl hätte um 8 Uhr 15 eigentlich wie üblich die Sitzung des Ständerats begonnen. Tatsächlich war ich am 15. Dezember aber schon nicht mehr im Parlament. Am 16. Dezember wurden im Bundesrat die Departemente verteilt und noch am gleichen Tag lernte ich die Belegschaft des Departements des Innern kennen. Es ist ein wenig, als würdest du von einer Lawine überrollt. Ich habe das gut überstanden, aber es hat einige Zeit gedauert, bis ich mich fragen konnte: Was ist jetzt eigentlich genau passiert?

Ist es so, wie du es dir vorgestellt hast?

Ich habe mich bei meiner Bundesratskandidatur vor allem mit den kommenden Herausforderungen für die Schweiz befasst und weniger mit dem konkreten Arbeitsalltag, der bei einer Wahl auf mich zukommt. Abgesehen von der

Tätigkeit, die jetzt eine ganz andere ist, bleibt mein Alltag ein Alltag mit vielen Arbeitsstunden. Es hat eher noch zugenommen (lacht.).

Dein Vorgänger Didier Burkhalter hat einen Grossteil seiner engsten Entourage ins EDA mitgenommen – das dürfte dir den Einstieg nicht gerade erleichtert haben ...

Das ist ganz normal. Wenn der Chef des Departements wechselt, gibt es auch gewisse Personen, die mit ihm wechseln. Speziell war in diesem Fall, wie schnell dies geschah. Als ich anfing, waren gewisse Mitarbeitende schon nicht mehr da. Andererseits eröffnet mir das aber auch einen gewissen Handlungsspielraum, etwa bei der Organisation der Arbeit oder der Zusammenstellung meines Teams.

Mit dem Generalsekretär Thomas Christen hast du dir unter anderem bei der SP Schweiz Verstärkung geholt ...

Darüber bin ich sehr glücklich.

Wir aber nicht ...

(Lacht.) Ich bin sicher, dass dies auch der SP Schweiz zugute kommen wird.

Das Departement des Innern gilt als Mammut-Departement. Hast du dir in der kurzen Zeit schon einen Überblick über die verschiedenen Gebiete und Aufgaben machen können?

Den Überblick hatte ich ziemlich schnell. Schliesslich bin ich seit acht Jahren in der nationalen Politik und kenne die Organisation und die Aufgaben des EDI. Was aber neu ist: Ich arbeite jetzt selber dort und trage Verantwortung. Ich bin im Moment noch mit der Bestandsaufnahme beschäftigt. Welches sind die laufenden Projekte? Was wurde gemacht? Was muss in Angriff genommen werden? Daneben verfolge ich eine längerfristige Perspektive: Die Jahre bis 2019 werden für die Gesundheitsversorgung und die Sozialversicherungen entscheidend sein. Wenn ich während dieser Periode etwas für den sozialen Ausgleich, das gesellschaftliche Gleichgewicht erreichen will, dann muss ich dafür eine langfristige Vision haben.

Das EDI war während der letzten elf Jahre in der Hand der FDP. Hast du als Sozialdemokrat überhaupt die Möglichkeit, in diesem Departement jetzt andere Akzente zu setzen?

Es wird andere Akzente geben, das ist absolut klar. Sei es aufgrund meiner politischen Vergangenheit, meiner Sicht auf die Welt, oder wie ich an die Fragen herangehe, die sich stellen. Das Ziel bleibt das gleiche: Es gilt Lösungen zu erarbeiten und dafür Mehrheiten zu finden. Wie gesagt: Ich bin momentan daran, die mittel- und langfristigen Stossrichtungen festzulegen.

Es gibt einige heisse Dossiers in deinem Departement: die öffentliche Krankenkasse etwa oder die IV. Wie siehst du da die künftige Zusammenarbeit mit deiner Partei?

Gerade heute war ich an der Gesundheitsretraite der SP Schweiz. Die Kontakte, die man an solchen Anlässen knüpfen kann, und der

Der Fall Hildebrand hat mir die absolute Verfügbarkeit bewusst gemacht, die von einem verlangt wird.

offene Austausch sind sehr wichtig für meine Überlegungen. Ich werde auch als Bundesrat weiterhin der SP und ihrer Bundeshausfraktion eng verbunden bleiben. Auf unsere Zusammenarbeit freue ich mich – im Wissen darum, dass es Dossiers geben wird, bei denen sie nicht einfach sein wird. Man darf nicht vergessen: Ich übernehme ein Departement, in dem es Projekte gibt, die längst am Laufen sind. Was hingegen die neuen Projekte betrifft, so werde ich bei diesen klar meine eigenen Akzente setzen können.

Man spricht oft über das Mikroklima im Bundesrat – welchen Eindruck hast du nach den ersten Sitzungen von diesem Gremium?

Was die Stimmung im Bundesrat betrifft, so muss ich sagen: Die ist gut. Allerdings habe ich natürlich noch nicht viel Erfahrung. Das heisst aber nicht, dass keine politischen Auseinandersetzungen geführt werden. Es ist die Aufgabe einer Regierung, Fragen zu stellen, zu diskutieren und am Schluss Entscheide zu fällen.

Angesichts der Aufregung um die Nationalbank hat sich der Bundesrat sicher auch ausserhalb der ordentlichen Sitzungen getroffen ...

Wir haben häufig Sitzungen verschiedenster Art und Weise. Es kommt beispielsweise auch vor, dass ich auf dem Weg ins Parlament eine



Bilder: Margareta Sommer

einer Lawine überrollt»



Kollegin aus dem Bundesrat treffe, die gerade aus dem Parlament kommt und zu Fuss in ihr Büro zurückgeht. Das ist das Schöne an der Schweiz. Es geht unkompliziert zu und her. Das führt zu einer guten Stimmung, die es wiederum erlaubt, auch mal intensiver zu diskutieren. Was mir der Fall Hildebrand bewusst gemacht hat, ist die absolute Verfügbarkeit, die in solchen Momenten von einem gefordert wird. Nachdem die Sonntagspresse mit neuen Erkenntnissen an die Öffentlichkeit gelangt war, wurde noch am gleichen Morgen eine ausserordentliche Sitzung des Bundesrats einberufen. Solche Sachen gehören auch dazu.

Inbesondere die Westschweizer Medien haben dich als «socialiste consensuel», als Konsens-Sozialdemokraten, bezeichnet. Nimmst du das als Kompliment oder als Kritik?

Ich bin froh, dass Christian Levrat kandidiert.

Wenn mit «Konsens» gemeint ist, dass jemand auf der Basis von starken Wurzeln und einer klaren Vision der Gesellschaft die Fähigkeit besitzt, zusammen mit anderen mehrheitsfähige Lösungen zu finden, dann ist es ein grosses Kompliment.

Wenn wir schon bei Wurzeln und Visionen sind: Warum bist du eigentlich Sozialdemokrat?

Aus ganz einfachen Gründen: Weil ich die Werte und Ideale teile, die den Überlegungen und den Projekten der Sozialdemokratischen Partei zugrunde liegen. Besonders wichtig ist mir das soziale Gleichgewicht in der Gesellschaft: der Ausgleich zwischen denen, die viel verdienen, und denen, die wenig verdienen, der Ausgleich zwischen Alt und Jung, zwischen den verschie-

denen Regionen des Landes. Wichtig sind soziale Gerechtigkeit, Solidarität.

Noch kurz zu den Wahlen in Freiburg: Dort ist aufgrund deiner Wahl ein Ständeratssitz frei und es zeichnet sich ein Duell zwischen dem Freisinnigen Jacques Bourgeois und deinem langjährigen Weggefährten Christian Levrat ab ...

Ich bin sehr froh, dass Christian Levrat kandidiert. Er hat bei all seinen politischen Tätigkeiten immer ein grosses Engagement an den Tag gelegt und ich bin sicher, dass er ein ausgezeichneter Kantonsvertreter im Ständerat wäre. In der Wahlkampagne werden die Kandidaten unter anderem ihre unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfe thematisieren und am Schluss werden die Wählerinnen und Wähler entscheiden.

Wird es eine schwierige Wahl?
Eine Wahl ist nie einfach.



Ex-Press

6 WOCHEN FERIEEN FÜR ALLE: JA AM 11. MÄRZ 2012

Gerechtigkeit und Investition in die Zukunft

Die Initiative «6 Wochen Ferien für alle» sorgt für eine gerechtere Verteilung der Ferienansprüche, aber auch für mehr und längerfristige Gesundheit am Arbeitsplatz. Sie ist deshalb auch volkswirtschaftlich eine sinnvolle Investition in unsere Zukunft.

Jean-François Steiert

Der reale Ferienanspruch liegt in der Schweiz heute bei durchschnittlich gut fünf Wochen. Er ist allerdings ungerecht verteilt: Ausgerechnet Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen verfügen oft nur über den gesetzlichen Mindestanspruch von vier Wochen Ferien. Und dies, obwohl sie oft besonders schwere Arbeiten verrichten und dem Wettbewerbsdruck der letzten Jahrzehnte stark ausgesetzt waren. Die Produktivitätsgewinne der letzten Jahrzehnte

wurden nicht nur zwischen Aktionären respektive Aktionärinnen und Arbeitnehmenden sehr unterschiedlich weitergegeben, sondern auch innerhalb der Arbeiterschaft. So sehen heute zahlreiche und meist bedeutende Gesamtarbeitsverträge fünf, sechs oder mehr Wochen Ferien vor, während gerade in schlecht geschützten Bereichen mit oft schwierigen Arbeitsbedingungen die Ferienzeiten seit 25 Jahren unverändert beim nach wie vor gültigen gesetzlichen Mindestanspruch von vier Wochen geblieben sind. Neben der Lohnschere, die in den letzten Jahrzehnten aufgegangen ist, gibt es somit auch eine sich immer weiter öffnende Ferienschere. Mit sechs Wochen Ferien für alle kommt die Initiative dem Nachholbedarf der Schlechtergestellten entgegen und schafft damit mehr Gerechtigkeit. Sie sorgt aber auch für mehr Gesundheit: Zusätzliche Ferientage ergeben bessere Kompensationsmöglichkeiten für die steigende gesundheitliche Beeinträchtigung am Arbeitsplatz, die heute immer mehr zu Schlafproblemen, chronischen Schmerzen oder Herz-Kreislauf-Problemen und damit auch zu Arbeitsausfällen, Frühpensionierungen und Invalidisierung führt.

Gerecht, aber auch ökonomisch sinnvoll

Die Schweiz leidet heute in vielen zentralen Bereichen an einem chronischen Mangel an Arbeitskräften – und für die Zukunft sieht's eher noch schlechter aus. Wir haben deshalb auch ein volkswirtschaftliches Interesse an

Arbeitnehmenden, die sowohl übers Jahr als auch im Verlauf ihres Erwerbslebens mit möglichst wenig Ausfällen an der hohen Schweizer Produktivität mitwirken können. Das geht jedoch nicht gratis. Wie hoch der volkswirtschaftliche Mehrwert zusätzlicher Ferien ist, kann heute niemand seriös sagen. Stellt man aber die Kosten der Initiative (6,8 Milliarden Franken pro Jahr) den Kosten der zu hohen Arbeitsbelastung gegenüber (10 Milliarden Franken, Schätzung des Seco), zeigt sich: Mit dem kurzfristigen Einsatz von täglich fünf Franken pro Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer – denn so viel würde eine zusätzliche Ferienwoche kosten – können wir eine sinnvolle Investition in unsere Zukunft tätigen.

Nachdem die rechte Mehrheit im Parlament sämtliche auch noch so bescheidenen Vorstösse für einen verbesserten Ferienanspruch abgelehnt hat und damit die Kosten der hohen Arbeitsbelastung auf die Sozialversicherungen abwälzt, bleibt die Initiative heute die einzige Möglichkeit, für einen gerechteren und gesünderen Ferienanspruch in der Schweiz zu sorgen.



jean-francois.steiert@spschweiz.ch
ist Nationalrat aus dem Kanton Freiburg

DIE ARGUMENTE

Die SP sagt Ja zur Initiative «6 Wochen Ferien für alle»

- Zu hohe Arbeitsbelastung gefährdet die Gesundheit und verursacht hohe Kosten.
- Das Verhältnis zwischen Arbeitsbelastung und Erholung muss verbessert werden.
- Auch die Arbeitnehmenden sollen von der ständig steigenden Produktivität profitieren.

NEIN ZUR BAUSPAR-INITIATIVE

Keine Privilegien für Gutverdienende

Nach mehreren erfolglosen Anläufen kommt das bürgerliche Anliegen des Bausparens erneut zur Abstimmung. An dessen Wirksamkeit für die Förderung von Wohneigentum und bezahlbarem Wohnraum bestehen jedoch berechtigte Zweifel. Marina Carobbio Guscetti

Entgegen den Aussagen der Befürworterinnen und Befürworter profitiert nicht der Mittelstand von den Steuererleichterungen der Bauspar-Initiative, sondern nur die Gutverdienenden. Angehörige dieser Bevölkerungsgruppe bauen aber auch ohne diesen Anreiz ein Eigenheim, da sie ja über die finanziellen Mittel verfügen. Schlussendlich führt das dazu, dass die Allgemeinheit jenen Personen den Kauf von Wohneigentum verbilligt, die sowieso – auch ohne steuerliche Anreize – Wohneigentum erworben hätten. Die Initiative verlangt, dass Einzelpersonen für das Bausparen während maximal zehn Jahren jährlich 15 000 Franken (Ehepaare: 30 000 Franken) von der Einkommenssteuer abziehen können. Ein Grossteil der Haushalte kann diese Sparleistung innerhalb des vorgegebenen Zeitraums aber gar nicht erbringen, da die finanziellen Möglichkeiten begrenzt sind.

DIE ARGUMENTE

Die SP sagt Nein zur Bauspar-Initiative

- Sie kommt nur den Gutverdienenden zugute
- Sie ist ungerecht gegenüber denen, die sich kein Wohneigentum leisten können
- Sie führt zu weiteren Steuerausfällen

Die in der Initiative vorgeschlagenen Massnahmen führen zu weiteren Steuerausfällen und machen das bereits jetzt unübersichtliche Steuersystem noch komplizierter. Die Möglichkeit, fakultativ das Bausparen einzuführen, die den Kantonen mit der Bauspar-Initiative gegeben werden soll, widerspricht ausserdem dem verfassungsmässigen Grundsatz der formellen Steuerharmonisierung.

Bausparvorlagen sind überflüssig

Schon heute wird Wohneigentum gefördert, nämlich durch die Möglichkeit der Vorbezüge der Mittel der zweiten Säule und der Säule 3a. Auch haben Wohneigentümerinnen und -eigentümer bereits heute Abzugsmöglichkeiten und werden so gegenüber Mieterinnen und Mietern steuerlich bevorzugt. Auch der Bundesrat hat in seiner Botschaft zu den Bausparvorlagen festgehalten, es gebe keinen Handlungsbedarf, da durch die reduzierten Eigenmietwert-Ansätze und die vielen Abzugsmöglichkeiten ein Grossteil der Wohneigentümerinnen und -eigentümer höhere Kosten in Abzug bringen können, als sie an Eigenmietwert versteuern müssen.

Statt Bausparen als Privileg für finanzstarke Haushalte zu fördern, brauchen wir mehr gemeinnützigen Wohnungsbau. Für dessen Förderung stehen auf Bundesebene noch viel zu wenig Mittel zur Verfügung.



marina.carobbio@spschweiz.ch
ist Nationalrätin aus dem Kanton Tessin



Achtung neues Datum

PARTEITAG In der Agenda der SP Schweiz gibt es eine Terminkorrektur: Der ordentliche Parteitag wurde vorverschoben. Neu findet er am 8./9. September 2012 statt und nicht wie ursprünglich geplant am 3./4. November. Wo der Parteitag stattfindet, steht noch nicht definitiv fest.

Eingereicht

MINDESTLOHN-INITIATIVE Die Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne» ist bei der Bundeskanzlei eingereicht worden. Die von der SP Schweiz, dem Gewerkschaftsbund und zahlreichen weiteren Organisationen und Parteien lancierte Initiative verlangt die Förderung von Gesamtarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen sowie einen untersten Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde, was bei 42 Wochenarbeitsstunden einem Monatslohn von rund 4000 Franken entspricht.

Zustande gekommen

KRANKENKASSEN-INITIATIVE Die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» ist mit rund 120 000 gesammelten Unterschriften zustande gekommen und soll noch im Frühjahr 2012 eingereicht werden. Ziel der Initiative ist die Einrichtung einer einzigen Krankenkasse für die Grundversicherung mit kantonalen Agenturen, welche die Prämien festlegen und das Inkasso erledigen. Auf diese Weise sollen die Kosten im Gesundheitswesen dauerhaft gesenkt und die Versorgungsqualität verbessert werden.

Eingereicht

MANAGED CARE Innerhalb von nur drei Monaten ist das Referendum gegen die Managed-Care-Vorlage mit mehr als 130 000 gesammelten Unterschriften zustande gekommen. Damit hat das Stimmvolk das letzte Wort darüber, ob integrierte medizinische Versorgungsnetze über einen differenzierten Selbstbehalt gefördert werden sollen. Die SP Schweiz hat an ihrer Delegiertenversammlung Anfang Dezember beschlossen, das Referendum zu unterstützen, und ruft bereits jetzt dazu auf, die Vorlage abzulehnen.

Mehrheit dafür

1:12-INITIATIVE Der Bundesrat empfiehlt die Initiative «1:12 – für gerechte Löhne» der Juso Schweiz ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Die Initiative will eine maximale Lohnspannbreite zwischen dem tiefsten und dem höchsten Lohn in einem Unternehmen von 1:12 in der Verfassung verankern. Eine von der Juso beim Institut Demoscope in Auftrag gegebene Umfrage zeigt hingegen: Von den tausend Befragten unterstützen 75 Prozent grundsätzlich das Anliegen einer Lohnbandbreite. 55 Prozent unterstützen dabei das in der Initiative vorgeschlagene Verhältnis von 1:12. Nur gerade jede zehnte befragte Person ist generell gegen das Ansinnen der Initiative.

JA ZUR BUCHPREISBINDUNG

Das Buch ist keine Wurst!

Von der Abschaffung der Buchpreisbindung haben vor allem Discounter profitiert. Ihre Wiedereinführung dagegen kommt allen zugute: Den Leserinnen und Lesern, der Buchbranche und der kulturellen Vielfalt. Das Buch ist eben nicht nur eine Handelsware, sondern auch ein Kulturgut. Hildegard Fässler

Seit Jahren vertritt die Wettbewerbskommission die Haltung, das Buch sei eine Handelsware wie jede andere. Sein Preis dürfe darum nicht durch eine Absprache in der Branche

festgelegt werden. Dass dies Unsinn ist, zeigt schon der Umstand, dass der Preis eines Buches nicht entscheidend ist für den Kauf: Wer kauft denn schon ein Buch von Peter Bichsel, nur weil es günstiger ist als eines von Milena Moser? Oder wer kauft sich dreimal Frischs «Stiller», weil es darauf einen Aktionspreis gibt? Das Buch ist eben keine Wurst. Das Buch ist ein Kulturgut, das es zu fördern und zu schützen gilt. Die Preisbindung ist ein geeignetes Mittel dazu – und sie kostet den Staat keinen Rappen! Ein in der ganzen Schweiz gleicher Preis für ein bestimmtes Buch ermöglicht es auch Buchhandlungen ausserhalb der Zentren, ein vielfältiges Angebot bereitzuhalten und eine gute Beratung anzubieten. Dies eröffnet vielen Menschen den einfachen Zugang zur Welt der Bücher, der Welt des Lesens. Die verbindliche Preisfestsetzung gibt zudem den Schweizer Verlagen den nötigen finanziellen Spielraum, auch weniger nachgefragte Bücher zu vernünftigen Preisen herauszugeben und unbekannte Autorinnen und Autoren zu fördern. So kann auch ein gewisser Anteil an Schweizer Literatur – in allen vier Landessprachen! – garantiert werden. Zugegeben, Bücher sind in der Schweiz oft teurer als im benachbarten Ausland. Woran liegt das? Am fehlenden Markt, ist die Behauptung der Gegner der Buchpreisbindung. Das ist falsch. In Frankreich, Deutschland und Öster-

reich, wo man eine Buchpreisbindung kennt, ist der Anstieg des allgemeinen Konsumindex seit Jahren grösser als der Anstieg der Bücherpreise insgesamt. In Grossbritannien, das keine Preisbindung mehr kennt, ist das Gegenteil eingetreten: Die Bücherpreise sind stärker gestiegen als der Konsumindex. Das richtige Instrument gegen zu hohe Preise, gerade im Vergleich zum Ausland, ist die im neuen Gesetz vorgesehene Kompetenz des Preisübersichters, auch im Büchermarkt aktiv werden zu können.

Bücher sind nicht nur Kulturgüter, sie sind auch Bildungsorte. Daher sind günstige Schulbücher und faire Rabatte für Schulen und Bibliotheken wichtig. Dafür garantieren aber nur Verlage, die eine Mischrechnung bei ihrem Sortiment machen können. Und nicht jene Verkaufsstellen, die ein paar wenige Bestseller zu Dumpingpreisen anbieten. Lassen wir also den Wettbewerb spielen, der dem Buch angemessen ist: jenen der Kreativität, der Vielfalt und der Qualität. Mit einem klaren Ja zur Buchpreisbindung!

DIE ARGUMENTE

Die SP sagt Ja zur Buchpreisbindung

- damit Konsumentinnen und Konsumenten weiterhin von einem breiten Netz von Buchhandlungen, kompetenter Beratung und einer Vielfalt verschiedener Bücher profitieren können.
- damit auch weniger bekannte Autorinnen und Autoren einen Verlag finden, der ihre Bücher herausgibt.
- damit kleinere Buchhandlungen mit einem vielfältigeren Angebot gegenüber Discountern wettbewerbsfähig bleiben.



hildegard.faessler@spschweiz.ch
ist Nationalrätin aus dem Kanton St. Gallen





Ex-Press

JA ZUR ZWEITWOHNUNGSINITIATIVE

Gegen kalte Betten

Tourismsdörfer versinken im Chaletmeer. Kalte Betten, so weit das Auge reicht. Die Zahl der Zweitwohnungen hat sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt. Beat Jans

Zweitwohnungen sind in Ferienregionen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ein übermässiger Anteil davon bringt aber Probleme: Überhöhte Immobilienpreise verdrängen die Einheimischen, die Landschaft wird verbaut, Infrastrukturen müssen auf Spitzenbelastungen ausgerichtet werden. Die gleichen Orte werden einmal zum Rummelplatz, einmal zum Geisterdorf – je nach Saison.

Die Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» will die Zahl der

Zweitwohnungen pro Gemeinde auf einen Maximalanteil von 20 Prozent begrenzen. Diese generelle Limite bedeutet in vielen Gemeinden einen Stopp für neue Ferienwohnungen. Die SP-Fraktion hat der Initiative im Nationalrat trotzdem geschlossen zugestimmt. Denn der Gegenvorschlag des Parlaments ist zahnlos. Viele Fachleute bezweifeln, dass er überhaupt eine Wirkung erzielen wird. Er will die Kantone verpflichten, den Zweitwohnungsanteil zu regeln, fordert aber nur ein «ausgewogenes Verhältnis» zwischen Erst- und Zweitwohnungen. Eine Konkretisierung wurde in der Einigungskonferenz gestrichen. Auch andere Forderungen der SP wurden abgelehnt, so diejenigen nach Kontingenten, Bauetappierungen und definitiven Begrenzungen.

Die SP setzt mit ihrer Ja-Parole ein klares Zeichen für einen nachhaltigen Tourismus und den sorgfältigen Umgang mit unserer Landschaft. Und sie bekämpft damit die galoppierenden Mietpreise für die Einheimischen in Tourismusgebieten.



beat.jans@spschweiz.ch
ist Nationalrat aus dem Kanton Basel-Stadt

DIE ARGUMENTE

Die SP sagt Ja zur Zweitwohnungs-Initiative

- Sie beschränkt die zunehmende Zersiedelung und trägt damit zu einer nachhaltigen Raumentwicklung bei.
- Sie ist ein Mittel gegen überhöhte Mieten und steigende Bodenpreise in Tourismusgebieten.

KNALLROT

Julia Gerber Rüegg
Co-Präsidentin der SP Frauen
Schweiz und Kantonsrätin
julia.gerber@spschweiz.ch
www.sp-frauen.ch



Von Königen und Mägden

«Akzeptieren Sie keine fremden Regeln. Bestimmen Sie Ihre eigenen!», so wirbt ein Autohersteller für sein neuestes Produkt im Showraum des Autohändlers. Szenenwechsel: Während ich in einem trostlosen Vorortsbahnhof auf den nächsten Zug warte, lese ich auf einem Plakat: «Was ich will, wann ich will, wo ich will!» Geworben wird für eine Mobiltelefongesellschaft. Die Immer-alles-überall-subito-Mentalität zieht offenbar. Sie suggeriert Wohlstand, Freiheit und Glück. Wer wünscht sich da nicht König zu sein? «Eifach go shoppe, wänns mer grad passt und was mer passt!» Liquid wäre ich immer, dank der Kreditkarte meines Königreichs. Traumhaft! Was, nur ein Traum? Wie schade! Wer findet den Zauberspruch, der diesen Traum Realität werden lässt? Natürlich die Zürcher FDP mit ihrer Volksinitiative «Der Kunde ist König». Sie verlangt die Abschaffung der Ladenschlusszeiten im Kanton Zürich, auf dass alle Kunden, wie Könige, wann immer sie wollen, was immer sie wollen, kaufen können. Es ist gut, dass der Kantonsrat den freisinnigen Kundenkönig abgelehnt hat!

Wo Könige sind, braucht es auch Mägde! Ihr Glück war schon in den alten Monarchien kein Thema, ihre Freiheit und ihr Wohlstand erst recht nicht. Die Mägde von vorgestern sind, unter anderen, die Verkäuferinnen von heute! Für einfache, repetitive Arbeiten verdienen sie bei einem 100-Prozent-Pensum durchschnittlich(!) 4164 Franken. Bei Migros und Coop liegen die Minimallöhne bei 3700 Franken und bei diversen Tankstellenshops bei knapp 3500 Franken. Doch nicht einmal die Hälfte der Frauen, die im Detailhandel ihr Geld verdienen, arbeitet Vollzeit.

Besonders akut ist zudem im Verkauf die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und sie würde sich bei einer weiteren Regulierung der Ladenöffnungszeiten noch zuspitzen. Für eine Verkäuferin bedeutet Ladenschluss um 19 Uhr, dass sie um 20 Uhr zu Hause ist. Das reicht dann knapp noch für einen flüchtigen Gute-Nacht-Kuss, bevor der Wäscheberg erledigt und die Mahlzeiten für den nächsten Tag vorbereitet werden müssen.

Um die Arbeitsbedingungen im Verkauf zu verbessern, braucht es keine Monarchen, sondern die Gleichstellung von Frau und Mann. Löhne, die zum Leben reichen, und mehr Wirtschaftsdemokratie!

JA ZUM BUNDESBESCHLUSS ZUR REGELUNG DER GELDSPIELE

Gewinne fürs Gemeinwohl

Der Beschluss entspricht in seinen Zielen einer 2007 eingereichten Initiative, die mittlerweile zurückgezogen wurde. Künftig sollen Gewinne aus Lotterien und gewerbmässigen Wetten vollumfänglich gemeinnützigen Zwe-

cken zukommen. Zusätzlich sollen die Bruttospielerträge stärker als heute zur Finanzierung von AHV und IV verwendet werden. Dadurch kommen Gewinne aus Geldspielen allen statt nur wenigen zugute.

Die SP Schweiz sucht per sofort oder nach Vereinbarung für das Zentralsekretariat in Bern:

EINE PROJEKTLIMITERIN/EINEN PROJEKTLIMITER THEMEN-MANAGEMENT (80%)

Ihr Verantwortungsbereich

Sie unterstützen die Politische Abteilung der SP Schweiz bei der Aufarbeitung relevanter Themen und insbesondere bei der Früherkennung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen, von Trends und internationalen Debatten. Sie durchforsten dazu Studien und Erzeugnisse von Think Tanks, internationalen und insbesondere europäischen Institutionen und NGOs, Forschungsinstituten sowie internationale Leitmedien. Sie erstellen regelmässig Berichte und leiten die Erkenntnisse an die politischen Entscheidungsgremien von Partei und Fraktion weiter. Sie arbeiten dabei eng mit den zuständigen politischen Fachsekretär/innen zusammen.

Ihr Profil

Wir wünschen uns eine/n Bewerber/in mit Hochschulabschluss sowie vorzugsweise mit Erfahrung als wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in. Zudem sind Sie mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie vertraut und fühlen sich diesen Idealen verpflichtet. Idealerweise haben Sie sich bereits selbst in der Politik engagiert und kennen die Abläufe und Funktionsweisen des politischen Alltags. Sie arbeiten selbständig und sind gleichzeitig bereit, im Team Konzepte zu entwickeln und zu bearbeiten. Eine rasche Auffassungsgabe gehört ebenso zu Ihren Qualifikationen wie eine gute schriftliche und mündliche Ausdrucksweise in Deutsch und Französisch sowie organisatorisches Flair. Sie bewahren auch in hektischen Zeiten die Ruhe und den Überblick. Gewissenhaftigkeit, Zuverlässigkeit und Eigeninitiative setzen wir voraus.

Unser Angebot

Wir bieten eine vielseitige und sehr interessante Tätigkeit in einem kleinen Team, ein angenehmes Arbeitsklima und fortschrittliche Arbeitsbedingungen. Wenn Sie interessiert sind, in einem politischen Umfeld zu arbeiten, dann senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis am 15. Februar 2012 an: bewerbung@spschweiz.ch oder an SP Schweiz, Stefan Hostettler, Postfach 7876, 3001 Bern. Ergänzende Auskünfte erteilt Ihnen gerne Stefan Hostettler, Stellvertretender Generalsekretär, 031 329 69 63.



Seit 100 Jahren
bärenstark für den
Service Public.



Der Bernische Staatspersonalverband (BSPV) vertritt seit 100 Jahren die Angestellten des Kantons Bern. Engagiert, solidarisch und zukunftsorientiert kämpfen wir für fortschrittliche Arbeitsbedingungen, faire Löhne und sichere Renten. Fast 7000 Mitglieder stark, feiert der BSPV dieses Jahr sein 100. Jubiläum.

Treten auch Sie bei!

100 jahre
BSPV 

www.bspv.ch

Der starke Personalverband

STADTRATSWAHLEN 2012

Ursula Stämmer und Beat Züsli nominiert

Am 5. Januar 2012 fand die Nominationsversammlung der SP Stadt Luzern für die Stadtratswahlen 2012 statt. In ihrer Ansprache blickte die Präsidentin Luzia Mumenthaler-Stofer auf die Erarbeitung der Strategie für die kommenden Wahlen zurück. Vor fast zwei Jahren kam die Geschäftsleitung der SP Stadt Luzern zum ersten Mal mit den Grünen zusammen um über eine engere Zusammenarbeit bei den Wahlen zu sprechen. Es wurde das Ziel ins Auge gefasst, zusammen mit Ursula Stämmer, Ruedi Meier und zwei weiteren Personen anzutreten und in den Wahlen 2012 eine Mehrheit im Stadtrat anzustreben. Diese Strategie wurde in mehreren Stufen und in allen Parteigremien besprochen, schliesslich im September 2011 der MV vorgelegt.

Ruedi Meier ist jetzt bei diesen Wahlen nicht mehr dabei, dafür stellt sich für die Grünen Adrian Borgula zur Verfügung, ebenfalls ein hervorragender Kandidat, mit dem das gemeinsame Ziel einer sozialen, grünen und offenen Stadt erreicht werden kann.

Die Ausgangslage für die Nomination war für die Partei zwiespältig: Es standen drei ausgezeichnete Kandidierende zur Wahl, die alle bestens geeignet wären, das Amt einer Stadträtin oder eines Stadtrats zu übernehmen. Aber nur zwei der drei sollten nominiert werden. Das Vorgehen war auch mit den Kandidierenden abgesprochen worden.

Es ging bei der Nomination aber nicht nur darum, zwei Personen für die Wahlen in den Stadtrat zu nominieren, sondern es ging auch um die Realisierung der Vision von einer sozialen, grünen und offenen Stadt, die die SP zusammen mit den Grünen erreichen will. Die Zeit ist reif für eine Mehrheit und einen Wandel in der Stadt Luzern. Die Nomination der Stadtratskandidaten hat auch Auswirkungen auf die Wahlen für die Legislative. Die Stadt Luzern ist seit längerem dem bürgerlichen Diktat von Steuersenkungen und Leistungsabbau unterworfen, und es ist an der Zeit, das Ruder herumzureissen und eine andere Richtung einzuschlagen, die der ganzen Stadt und der gesamten Bevölkerung dient.

Es ist jetzt auch Zeit, den frei werdenden Sitz von Urs W. Studer ganz in die linke Hand zu nehmen. Diesen Sitz hat Urs W. vor Jahren mit Hilfe der SP errungen, und jetzt gilt es, als

stärkste Partei der Stadt Luzern diesen Sitz ganz zu beanspruchen.

Nachdem sich die Kandidierenden selber präsentiert hatten, wurde intensiv und kontrovers über die Wahl diskutiert. Schliesslich entschied sich die Mehrheit der 114 anwesen-

«Die Zeit ist reif für eine Mehrheit und einen Wandel in der Stadt Luzern.»

den SP-Mitglieder dafür, die Bisherige Ursula Stämmer und neu Beat Züsli als Stadtratskandidaten und Ursula für das Amt der Stadtpräsidentin zu nominieren. Somit wurde Felicitas Zopfi trotz ihrem ausgezeichneten Profil nicht berücksichtigt. Auch an dieser Stelle sei ihr

herzlich für die Bereitschaft gedankt, sich diesem Auswahlverfahren zu stellen. Die Nominationsversammlung dankte es ihr mit einer verdienten Standing Ovation.

Luzia Mumenthaler rief dazu auf, nach der Nomination mit grösstem Engagement, motiviert und geschlossen für eine soziale, ökologische und weltoffene Stadt Luzern einzutreten. Die beiden Kandidaturen müssen von der Basis getragen werden und sich selbst auch sehr engagiert in Szene setzen. Das ist die Grundlage für eine erfolgreiche Wahl in den Stadtrat und in den Grosse Stadtrat am 6. Mai. Damit ist dann auch der Wahlkampf eröffnet, bei dem das Engagement von jeden Einzelnen zählt – nicht nur der Kandidierenden, sondern aller Mitglieder! Gemeinsam sind wir stark, und gemeinsam werden wir unser Ziel erreichen!

Bild z/vg



Ursula Stämmer und Beat Züsli

SMS-TALK

Susanne Oberholzer (31)
Felben-Wellhausen
Redaktionsteam Linksrum



Was erwartest du vom neuen Jahr?

Ich erwarte vom 2012 viele spannende Momente und Begegnungen. Beruflich stehen verschiedene Vorträge im In- und Ausland an, das heisst meist auch Entdecken von neuen Städten: für 2012 Kiel und Graz. Und dazu ein Wiedersehen mit Wien.

Und was erwartest du im politischen Bereich, was von der SP?

Politisch erwarte ich auch 2012 eine pointierte SP-Politik: besonders in Wirtschaftsfragen braucht es uns mehr denn je!

Erwartungen sind das eine, Wünsche das andere. Was erwünschst du dir fürs 2012?

Vom neuen Jahr erwünsche ich mir Gesundheit für meine Familie und mich. Das ist einfach das Wichtigste. Und beruflich: weiterhin Herausforderungen an meinen beiden Arbeitsstellen und für die Diss viel Durchhaltewillen ;-). Ja, und da das ja das Linksrum-SMS-Interview ist: einen Wahlsieg der SP Thurgau bei den Grossratswahlen!

Was muss deiner Meinung nach dafür getan werden oder anders gefragt, wo siehst du denn die grösste Herausforderung für die SP Thurgau im kommenden Jahr?

Wir müssen noch mehr zur Bewegung werden: Wir können es schaffen, die Grossratswahlen zu gewinnen, wenn wir unsere Wählerinnen und Wähler mobilisieren. Dafür braucht es Aktivität an der Basis: Strassen-, Karten-, SMS-Aktionen, ganz einfach Präsenz auf allen möglichen Kanälen.

Siehst du auch Baustellen – abgesehen von den bald geplanten neuen Strassen, wogegen die SP kämpft?

Das Baustellenschild müssen wir wohl noch dorthin stellen, wo unsere SP-Arbeit raus zu den Leuten soll: Wir müssen noch besser kommunizieren, was die Thurgauerinnen und Thurgauer dank der SP haben. Was wir für sie erreicht haben, wofür wir uns für sie einsetzen. Da können wir noch zulegen.

Ohne was darf das Jahr nicht vorbeigehen?

Ohne Sitz- und Wählerstimmengewinne für die SP im April. Ohne flotte Abfahrten auf weissen Pisten. Ohne Abende mit skandinavischen Krimis. Ohne Feierabendschwimm im Untersee. :-)

Nun, das sind doch machbare Wünsche – packen wir's an – dieses neue Jahr! Danke!

Bild zVg



VORSTOSS

Roland Eberle neuer Axpo-Verwaltungsrat?

Am 16. Dezember erfuhr die Thurgauer Bevölkerung per Medienmitteilung, dass Ständerat Roland Eberle vom Regierungsrat als Verwaltungsrat der Axpo nominiert wurde.

Als Wahlkampfleiter der Ständeratskandidatur von Edith Graf-Litscher habe ich den Ständeratswahlkampf genau verfolgt und die Standpunkte aller Kandidierenden gelesen und gehört. Schon damals war ich erstaunt, wie stur Roland Eberle und Max Vögeli auf der Atomenergie beharrten, trotz Tschernobyl und Fukushima.

Noch erstaunter war ich nun, als ich von dieser Nomination Eberles für den Axpo-VR erfuhr. Umgehend formulierte ich eine Einfache Anfrage, die ich an der Kantonsratssitzung vom 21. Dezember einreichte. So lautet die Einfache Anfrage im Wortlaut:

Für die Generalversammlung der Axpo im März 2012 hat der Regierungsrat Ständerat Roland Eberle als Verwaltungsrat nominiert. Dazu bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie kam es zur Nomination von Roland Eberle? Hat er sich für dieses Amt beworben? Gab es weitere Bewerber oder Bewerberinnen?
2. Wenn der Thurgau im Axpo-Verwaltungsrat durch einen Ständerat vertreten sein soll, wieso wurde nicht Brigitte Häberli der Vorzug gegeben?

3. Der Axpo-Verwaltungsrat besteht aktuell aus 13 Männern und 0 Frauen. Wieso war der Regierungsrat mit einer entsprechenden Nomination nicht bereit, diese einseitige Zusammensetzung zu ändern?
4. Wie hoch sind die Entschädigungen, die ein Axpo-Verwaltungsrat pro Jahr erhält? Geht die ganze Entschädigung an den entsprechenden Verwaltungsrat oder geht ein Teil davon an die Staatskasse?
5. Der Thurgau hat in den letzten Jahren eine fortschrittliche Energiepolitik betrieben. Dazu passt die Nomination eines klaren Atom-Befürworters nicht. Ist sich die Regierung dieses Widerspruchs bewusst?
6. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass er mit der Nomination von Roland Eberle den vom Bundesrat vorgeschlagenen Atomausstieg untergräbt?
7. Unter welchen Umständen ist der Regierungsrat bereit, seine Nomination zu ändern?

Den Weg über die Einfache Anfrage habe ich darum gewählt, weil der Regierungsrat diese innert 2 Monaten beantworten muss. Ich bin gespannt, was wir da im Februar erfahren.



Peter Gubser
Kantonsrat

Ich will den MigrantInnen Mut machen!

Unsere Nationalrats-Kandidatin Cécile Leliane Schärer-Nguiamba schildert, wie toll, aber auch anstrengend ihr Wahlkampf war.

Cécile Leliane Schärer-Nguiamba ist in Kamerun aufgewachsen und hat dort Jura studiert. Vor fünfzehn Jahren ist sie in die Schweiz gekommen und lebt seitdem in Ostermundigen. Sie ist verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne. In Freiburg studierte sie erneut Jura, schloss mit lic.iur. ab und erwarb das Anwaltspatent für den Kanton Bern. Im Jahr 2000 ist Cécile in die SP eingetreten, seit Januar 2008 ist sie im Parlament von Ostermundigen und ab Januar 2012 zudem in der Geschäftsprüfungskommission.



Cécile Leliane Schärer-Nguiamba blickt auf Schönes und Schwieriges in ihrem Nationalrats-Wahlkampf zurück.

Weshalb hast du für den Nationalrat kandidiert?

Mit meiner Kandidatur wollte ich mich gegen Vorurteile, Ungerechtigkeit und für die Rechte von Minderheiten einsetzen. Ich wollte den MigrantInnen auch Mut machen und zeigen, dass es wichtig ist, unsere politischen Rechte wahrzunehmen.

Wie hast du den Wahlkampf erlebt?

Der Wahlkampf war für mich eine tolle, aber auch anstrengende Erfahrung. Ich musste aktiv auf die Leute zugehen, sie im Gespräch von meiner Kandidatur überzeugen. Häufig wurde mir gesagt, ich dürfe gar nicht kandidieren, das dürften nur SchweizerInnen, Schwarze dürften nicht gewählt werden usw.

Hast du dich speziell vorbereitet?

Als Sicherheitsmassnahme haben wir schon vor dem Wahlkampf beschlossen, dass ich nie allein Flyer verteile. Diese Massnahme war leider nicht übertrieben, gab es doch einige Situationen, wo ich verbal massiv angegriffen wurde und wohl aufgegeben hätte, wenn

ich allein gewesen wäre. Durch meine Kandidatur fühlten sich gewisse Leute sehr provoziert. Es gab aber auch schöne Erfahrungen: So ein Taxichauffeur in Interlaken, der extra aus seinem Auto stieg, um mich zu fragen, was ich da für Flyer verteile, und dann gleich ein Autogramm von mir wollte. Einige Male, wenn die PassantInnen auf meinem Flyer lasen, dass ich Rechtsanwältin bin, baten sie mich auch gleich um eine juristische Auskunft.

Wie hast du die Unterstützung durch die SP erlebt?

Als positiv erlebte ich die grosse Unterstützung meiner Sektion, ich wurde wirklich getragen. Spass gemacht hat mir die Wahltour der SP-Frauen des Kantons Bern mit der Stelzenfrau. Für mich war es auch schön, die Solidarität unter den Kandidatinnen zu sehen. Wir haben nicht nur die eigenen Flyer verteilt, sondern selbstverständlich auch diejenigen der anderen Frauen. Es geht ja darum, vor allem für die SP möglichst viele Stimmen zu holen, und wenn jemand mir die Stimme nicht geben will, gibt er sie vielleicht einer

anderen Kandidatin. Hier gibt es aber auch einen Wermutstropfen. Es gibt leider auch bei uns Leute, die nur für sich Wahlkampf machten, dieses Verhalten hat mich sehr enttäuscht und müsste vor den nächsten Wahlen unbedingt thematisiert werden.

Würdest du nochmals einen Wahlkampf bestreiten, hat er sich für dich gelohnt?

Ja, ganz klar. Ich habe sehr viel gelernt. Besonders schön für mich ist, dass meine Familie und meine Freunde jetzt Interesse an der Politik haben, vorher hatten sie das Gefühl, Politik sei nur für die Leute, die in der Schweiz geboren sind. Durch meine Kandidatur hat Politik für sie ein Gesicht bekommen.

Was wünschst du dir von den SchweizerInnen?

Ich wünsche mir mehr Offenheit und dass die Vorurteile gegen die AusländerInnen enden. Wir stellen keine Gefahr für die Schweiz dar, wir wollen genauso in Frieden leben.

Die Fragen stellte Ursula Meier



SP-FRAUEN

Faire Frauenlöhne

Im Jahr 2012 werden wir in der Schweiz stärker als auch schon eine Lohndebatte führen. Dies aus mehreren Gründen: Zum einen wird die Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne», die von der



SP unterstützt wird, eingereicht. Zum andern wird im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der

EU der Druck stärker, missbräuchliche Löhne wirksam zu bekämpfen. Zu Recht! Eine Anpassung des entsprechenden Gesetzes kommt in den nächsten Monaten ins Parlament. Doch wie hoch ist ein fairer Lohn? Und wie lässt sich einfach und transparent feststellen, ob ein Lohn missbräuchlich ist oder nicht? Und was heisst das für die Frauenlöhne? In den letzten Jahren sind die Statistiken zu den Löhnen allgemein und zur Verteilung von Frauen- und Männerlöhnen stark verbessert worden. Wir wissen jetzt recht genau, wie viel Frauen und wie viel Männer in der Schweiz verdienen, differenziert nach Regionen und Branchen. So stellt das Bundesamt für Statistik nüchtern fest: «Einen monatlichen Nettolohn von bis zu 3000 Franken haben 1.1 Prozent der Vollzeit beschäftigten Männer im Vergleich zu 5.2 Prozent der Vollzeit arbeitenden Frauen.» Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist ein zentrales Anliegen der Gleichstellungspolitik. Wir werden deshalb in den nächsten links das Thema «Faire Frauenlöhne» aufgreifen und Strategien nachgehen, wie die Lohngleichheit besser durchgesetzt werden kann.

Barbara Nyffeler Friedli
Mitglied des Leitungsgremiums
SP Frauen Kanton Bern

KOMMENTAR

Zeit für gute Ideen

Schon wieder hat ein Wahljahr begonnen. Erste Wahlkampf vorbereitungen für den nächsten Oktober sind bereits getätigt. Man will ja nichts verpassen, ja nicht zu spät kommen. Doch die Gefahr ist absehbar, dass wir vor lauter Wahlkampf die Politik vergessen. Nicht an die Tagespolitik den-



ke ich dabei, nicht die Verarbeitung der Grossratspost, nicht die Formulierung von parlamentarischen Vorstössen, von denen alle schon im Voraus wissen, dass sie nichts bewirken und nicht einmal in der Zeitung Erwähnung finden. Um über die blosser Reaktion hinaus eine gute Politik zu entwickeln, brauchen wir Zeit. Zeit zum Lesen, Zeit zum Überdenken, Zeit zum Diskutieren, Zeit und Musse für neue Gedanken. Mahatma Gandhi, der grosse indische Unabhängigkeitskämpfer, sagte einmal: «Es gibt Wichtigeres im Leben, als beständig dessen Geschwindigkeit zu erhöhen.» Recht hatte er – schon vor bald 100 Jahren, als alles noch weit bedächtiger ablief. Zugegebenermassen: Gute Politik verlangt auch nach schneller Aktion. Eine spontane Idee, umgehend in der Sonntagspresse platziert, bringt die erwünschte Aufmerksamkeit, selbst wenn sich am nächsten Tag kein Mensch mehr dafür interessiert. Dennoch meine politische Empfehlung fürs neue Jahr an alle Kandidierenden (mich eingeschlossen): Nicht einfach nur schnell handeln, sondern auch mit neuen, überzeugenden Ideen überraschen. Dafür brauchen wir alle Zeit. Nehmen wir sie uns!

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat und Landammann 2011/2012.

RÜCKBLICK AUF DIE ERSTE SESSION

Die «Mitte» kann man vergessen

24. Oktober: Es geht gleich los

Ich hatte mir vorgenommen, nach den Wahlen einige Tage etwas kürzer zu treten. Eine Illusion: Man merkt schnell, dass die Wahl in den Nationalrat nicht nur eine grosse Ehre ist, sondern vor allem auch Arbeit bringt. Ganz abgesehen vom Medienrummel ist vor allem die Menge an Gesetzestexten, Botschaften, neuen Vorstössen, Werbematerial und Lobbyunterlagen erschlagend. Beeindruckend auch, wer mir plötzlich in den freundlichsten Tönen zur Wahl gratulierte. Nicht nur die Grossbanken CS und UBS oder die grossen Wirtschaftsverbände wie die Economiesuisse, sondern sogar das World Economic Forum WEF freuen sich anscheinend «aufrichtig» über meine «glanzvolle» Wahl in den Nationalrat (Zitat aus dem Brief des WEF).

5. Dezember: Jetzt wird's ernst

Der 5. Dezember 2011 mit der Vereidigung hat mich emotional stärker berührt, als ich erwartet hätte. Auf einen Schlag wurde mir bewusst, was für ein Privileg mein neues Amt ist und welche Verantwortung es gleichzeitig bedeutet. Was man aber dann aber auch sehr schnell merkt: Die «heiligen Hallen der Republik» strahlen deutlich mehr Würde aus als einige Gewählte und deren Fraktionen.

Die erste Session des neuen Parlaments stand im Zeichen des Debakels der SVP. Die «Affäre Zuppiger» und die Bundesratswahlen setzten diesem das i-Pünktchen auf. Während die Stimmung und der respektvolle Umgang unter den ParlamentarierInnen über die Parteigrenzen deutlich besser ist, als man von

aussen vielleicht vermutet, war der Auftritt der SVP vor, während und nach den Bundesratswahlen wohl das Peinlichste, was die Schweizer Politik in den letzten Jahren erlebt hat. Die SVP-Fraktion wirkte von Kopf bis Fuss deroutiert. Für die SP sind die Bundesratswahlen glimpflicher verlaufen, als noch kurz vor der Session befürchtet. Mit dem Freiburger Alain

Mit den Rechtsgrünen ist das Parlament gesellschaftspolitisch zwar etwas offener geworden, aber wirtschafts- und sozialpolitisch wurde der Block der rechten Ideologen deutlich gestärkt.

Berset hat die Partei einen sehr jungen, charismatischen und ausserordentlich intelligenten neuen Bundesrat.

Was ist die neue Mitte?

Die Auswirkung der «neuen Mitteparteien» auf die Politik in den Räten ist noch offen. Wer jedoch meinte, mit der GLP eine undogmatische, aber linke oder zumindest sozial-liberale Alternative zur SP gewählt zu haben, hat sich getäuscht. So ist mit Hilfe der Rechtsgrünen (wie sie unter der Kuppel schon heissen) das Parlament gesellschaftspolitisch zwar etwas offener geworden (Streumunition wird verboten, eine Verfassungsgerichtsbarkeit eingeführt), aber wirtschafts- und sozialpolitisch wurde der Block der rechten Ideologen deutlich gestärkt. Nur knapp konnten wir – dank der Hilfe des Ständerates – verhindern, dass sich das Parlament selber eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 6 Prozent gönnte und gleichzeitig beim Bundespersonal 150 Millionen einsparte. Bei den Massnahmen gegen den starken Franken gab es keine Chance. GLP und BDP beten stramm das neoliberale Dogma nach, dass die beste Wirtschaftspolitik im nichts Tun besteht. Die Bilanz meiner ersten Session ist gemischt: Die neue Aufgabe ist faszinierend, aber trotz unseren Sitzgewinnen wird die nächste Legislatur für linke Positionen sehr hart werden.



Bild: Das Schweizer Parlament

Cédric Wermuth von Baden ist neu gewählter SP-Nationalrat, Mitglied der Finanzkommission und präsidiert in der neuen Legislatur die Subkommission 1 der Finanzkommission (zuständig für das Finanzdepartement und die Immobilien des Bundes).



Thomas Christen verlässt die SP Schweiz

Thomas Christen hat seinen Rücktritt als Generalsekretär angekündigt. Nach über sechs Jahren in diesem Amt wechselt er ins Departement des Innern.

Zur SP Schweiz kam Thomas Christen 2002 als Mitglied des Kampagnenteams Campa 03. Nach den Wahlen leitete er während rund anderthalb Jahren die Abteilung Kampagnen und Kommunikation, bevor er im Herbst 2005 von der Delegiertenversammlung zum Generalsekretär der SP Schweiz gewählt wurde. In diesem Amt arbeitete Christen eng mit Präsidentin Christiane Brunner sowie den beiden Präsidenten Hans-Jürg Fehr und Christian Levrat zusammen und war selber Mitglied des Präsidiums der SP Schweiz.

Das Sekretariat wurde unter der Leitung von Thomas Christen in den letzten Jahren stark professionalisiert. Insbesondere das Fundraising und die Kampagnenabteilung wurden

stark ausgebaut. Besonderen Wert legte Christen auf die Zusammenarbeit mit den Kantonalparteien. Neben den organisatorischen und bewegungspolitischen Bereichen prägte er auch die Politik der Partei mit und war massgeblich an der Neupositionierung nach der Wahl Niederlage 2007 beteiligt.

Thomas Christen wechselt auf Mitte Februar ins Eidgenössische Departement des Innern, wo er persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Alain Berset wird. Das Generalsekretariat wird interimistisch von Stefan Hostettler geleitet, dem Leiter der Politischen Abteilung der SP Schweiz und stellvertretenden Generalsekretär. Die Stelle wird ausgeschrieben und an der Delegiertenversammlung vom 23. Juni neu besetzt.

«links» gratuliert Thomas ganz herzlich zu seiner neuen Stelle – und kündigt für die nächste Ausgabe schon mal ein Interview an.

Die Generation Abzocker hat gewonnen



Philipp Hildebrand ist über unzulässige Devisentransaktionen gestolpert. Aber er ist nicht deswegen gefallen. Die Gründe für seinen Rücktritt sind nicht die Hintergründe. Der abgetretene Nationalbankpräsident ist das Opfer

jener mächtigen Generation von Abzockern im Umfeld der Schweizer Grossbanken geworden, denen er zu sehr ins Gehege kam.

Hildebrand und sein Team haben die UBS nicht nur vor dem Untergang gerettet, sie haben immer auch mit der gebotenen Deutlichkeit gesagt, was sie vom gescheiterten Topmanagement hielten – dass es nämlich aus überbezahlten Nieten bestand. Das tat den zum Rücktritt genötigten Herren natürlich weh, und von diesem Moment an begann die Operation Rache zu laufen.

Hildebrand und sein Team haben im Gegensatz zu den unbelehrbaren Chefs der Grossbanken die Konsequenzen aus dem Mega-Crash der Finanzplätze gezogen und für Regulierungen plädiert, die eine Wiederholung solch katastrophaler Abstürze verunmöglichen sollten. Sie haben nicht nur dafür plädiert, sondern sich auf nationaler wie internationaler Ebene aktiv und erfolgreich für strengere Regulierungen eingesetzt. Sie haben den Herren die Weste zugetan. Sie erschwerten ihnen das Spekulieren mit fremdem Geld, das ihnen ihre gigantischen

Boni bescherte. So gab es während der ganzen Zeit, in der die Schweizer Politik mit Unterstützung der SNB an einem Gesetz arbeitete, das die Grossbanken zu einem ihnen widerstrebenden Verhalten zwingt, hinter den Kulissen anhaltend heftigen Widerstand von ebendiesen Kreisen. Für sie war Hildebrand der Mann, der ihren früher übergrossen Einfluss auf die bürgerlichen Fraktionen des Parlaments so zurückstutzte, dass das Gesetz durchkam.

Die einzige Fraktion, die der Grossfinanz treu blieb und das Gesetz ablehnte, war die SVP. Aus ihren Reihen stammen logischerweise all die Männer, die Jagd auf Hildebrand machten. Sie hatten es ein Jahr zuvor schon mit einer über mehrere Woche geführten Schmutzkampagne ihres Hoforgans «Weltwoche» versucht. Das damalige Scheitern verstärkte den Rachedurst so sehr, dass sie sich sogar an dem von ihnen angebeteten Heiligtum Bankgeheimnis vergriffen, um nochmals zuschlagen zu können.

Christoph Blocher ist der bekannteste und mächtigste Vertreter der Generation Abzocker. Seine Ankündigung, der Abschuss Hildebrands sei erst der Anfang, muss ernst genommen werden. Es geht diesen Kreisen um mehr als um Personen, es geht ihnen um die Macht in diesem Staat, die sie früher vom Paradeplatz aus so ungehindert ausüben konnten.

Hans-Jürg Fehr ist Nationalrat aus dem Kanton Schaffhausen

STANDPUNKT



Thomas Christen
Generalsekretär

Rücktritt

Der Schritt fällt mir nicht leicht. Nach über neun Jahren Arbeit auf dem Zentralsekretariat. Und nach über sechs Jahren als Generalsekretär. Ich habe diese Aufgaben bei der SP immer als enormes Privileg angeschaut und mit viel Herzblut und Begeisterung ausgeübt.

Einer Arbeit nachgehen zu dürfen, bei welcher es die Aufgabe ist, sich für eine sozialere und gerechtere Gesellschaft und damit auch die eigenen Überzeugungen einzusetzen, ist ein grosses Privileg. Natürlich lässt sich die Gesellschaft nur langsam verändern. Aber immerhin: Mutterschaftsversicherung, Kinderzulagen, Öffnung nach Europa, Partnerschaftsgesetz, Atomausstieg, kein Steuersenkungspaket, kein Abbau bei den Renten. All das haben wir in den letzten Jahren gemeinsam erreicht. All das waren Kampagnen, die wir zusammen in den vergangenen Jahren erfolgreich geführt haben.

Solche inhaltlichen Erfolge sind nur möglich, wenn die ganze Partei am gleichen Strick zieht. Und die Partei hat in den vergangenen Jahren am gleichen Strick gezogen. Die Kantonalparteien, die Sektionen, die Mitglieder. Natürlich gab es auch Niederlagen und Enttäuschungen. Die Geschlossenheit aber, gerade auch in schwierigen Momenten, hat mir in den vergangenen Jahren bei meiner Arbeit sehr geholfen.

Etwas leichter fällt mir der Abschied, da ich die Chance habe, weiterhin einer Arbeit nachzugehen, bei der ich mich für unsere gemeinsamen Ziele einsetzen kann. Die Sozial- und die Gesundheitspolitik sind Kernanliegen der SP. Und ich freue mich, diese in den nächsten Jahren zu begleiten.

Leichter fällt er mir auch darum, weil Stefan Hostettler als mein Stellvertreter die interimistische Leitung des Sekretariates ab Mitte Februar nahtlos übernehmen kann. Die neue Generalsekretärin oder der neue Generalsekretär wird dann Ende Juni an der Delegiertenversammlung gewählt werden.

Ich habe Hochs und Tiefs dieser Partei miterlebt. Und ich bin glücklich, dass ich die Partei in einem Moment des Hochs verlassen darf. Ich bin überzeugt, dass wir den Schwung der letzten Monate auch in die kommenden Monate und Jahre weiterziehen können.

Ich bedanke mich für das Vertrauen, das ihr mir entgegengebracht habt.

Und jetzt die Steuerwende

Durch Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche haben Bund, Kantone und Gemeinden in den letzten zehn Jahren Milliarden an Steuereinnahmen verloren. Diese Ausfälle wurden durch höhere Gebühren, höhere Sozialabgaben und Krankenkassenbeiträge kompensiert oder fehlen heute in der Staatskasse. Und bereits sind die nächsten Steuergeschenke in Vorbereitung: Der Bundesrat plant die Abschaffung der Stempelabgabe auf Obligationen und die Unternehmenssteuern sollen in Richtung der tiefen Holdingsteuersätze gesenkt werden. Es bahnt sich ein eigentlicher Steuerstreik der Unternehmer an.

25 Milliarden rückverteilen

In der Denknetz-Publikation «Richtig Steuern» zeigen 13 Autorinnen und Autoren auf, was in der Schweiz punkto Steuerpolitik falsch läuft und wie dies korrigiert werden kann. Das Denknetz fordert eine Steuerreform, mit der jährlich über 25 Milliarden Franken – rund 5 Prozent des Bruttoinlandprodukts – zugunsten der Bevölkerung rückverteilt werden. Damit wird ein Teil dessen korrigiert, was in den letzten zwanzig Jahren in der umgekehrten Richtung geschehen ist. Die Gewinne sind schneller gewachsen als das Volkseinkommen. 2008 haben Unternehmen in der Schweiz gegenüber den Steuerbehörden die enorme Summe von 280 Milliarden an Gewinnen deklariert. 2010 dürfte diese Summe noch übertroffen worden sein, während die Kaufkraft der Löhne stagnierte. Trotzdem zahlen die Unterneh-



men anteilmässig immer weniger Steuern. 1990 haben die Unternehmen auf der steuerbaren Gewinnsumme noch 19,3 Prozent Steuern bezahlt, 2008 nur noch 6,9 Prozent!

Die Schweiz ist heute das Land mit der ungleichsten Vermögensverteilung aller OECD-Länder. So besitzen 2 Prozent der reichsten Steuerpflichtigen 50 Prozent des Vermögens, die ärmere Bevölkerungshälfte der Schweiz verfügt über weniger Vermögen als die ärmere Bevölkerungshälfte in vielen anderen Ländern. Doch die meisten Kantone haben die Erbschaftssteuer abgeschafft.

Die Finanzblasen von morgen

Boni und Höchstsaläre sind in den letzten Jahren explodiert. Die Expertinnen und Experten von Denknetz schätzen das Volumen der Boni, die in der Schweiz ausbezahlt werden, auf jährlich 11 bis 18 Milliarden Franken. Trotzdem sind die Steuern auf hohen Einkommen in vielen Kantonen gesenkt worden, die Bundeseinkommenssteuer auf sehr hohen Einkommen ist degressiv und eine Boni-Besteuerung ist im Nationalrat vorläufig gescheitert.

Die Gewinne von heute sind die Krisen von morgen – so bringt das Buch auf den Punkt, was gegenwärtig abgeht. Die Vorstellung, die Gewinne von heute seien die

Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen, trifft immer weniger zu. Denn seit dreissig Jahren steigt weltweit der Anteil der Gewinne an der Wirtschaftsleistung (BIP) kontinuierlich an. Der Anteil der Investitionen in reale Wirtschaftstätigkeiten jedoch nimmt ab, und das ist brisant. Denn das bedeutet, dass die Gewinne zunehmend in die Finanzmärkte statt in reales Wirtschaften geleitet werden. Folge: Aufgeblähte Finanzmärkte, hochgeschraubte Renditeerwartungen, gefährliche Spekulationsblasen einerseits, zu wenig Gelder für den ökologischen Umbau und für öffentliche Dienste andererseits.

Das Buch fordert dazu auf, die Dreistigkeiten der Umverteilung nach oben zu stoppen und den Trend umzukehren. Die Schweiz darf nicht zum Feudalstaat ver-

kommen, wo die Reichen immer reicher werden, der Mittelstand geschröpft wird und die breite Bevölkerung von einigen Grossunternehmen und Milliardären abhängig ist. Dies untergräbt letztlich auch die Grundlagen der Demokratie – was uns Herr Blocher mit der «Basler Zeitung» eben gerade vorführt.

Hans Baumann, Beat Ringger (Hrsg.) **Richtig Steuern.** Wie mit Steuern jährlich 25 Milliarden Franken an die Bevölkerung rückverteilt werden können. 224 Seiten, broschiert Fr. 24.–, ISBN 978-3-85990-169-8



Hans Baumann
Ökonom und Publizist,
SP-Gemeinderat
in Dübendorf

DENKNETZ

Das Denknetz, ein linker, basisorientierter Thinktank, wird von 800 Mitgliedern getragen. Die SP ist Kollektivmitglied und im Vorstand vertreten. Der Mitgliederbeitrag beträgt Fr. 40.– für Nicht- und wenig Verdienende und Fr. 100.– für Normalverdienende.
www.denknetz-online.ch

GESUNDHEITSRETRAITE DER SP SCHWEIZ

Wer pflegt uns im Alter und wer zahlt?

Das SP-Seminar zur Gesundheitspolitik hat sich zu einem Ort des offenen Dialogs über alle Berufs- und Interessengruppen hinweg entwickelt. Die diesjährigen Themen: Pflegefinanzierung, Personalmangel, Pflegeversicherung und Langzeitpflege. Jacqueline Fehr

Eine Studie des Gesundheitsobservatoriums Obsan hat festgestellt, dass bis 2030 die Kosten für die medizinische Pflege von heute 8 auf künftig 16 Milliarden Franken anwachsen werden. Nicht einbezogen sind dabei die Kosten für die sogenannte Hotellerie, also für Unterkunft und Verpflegung. Diese finanziellen Perspektiven machen den Menschen Angst. Einerseits ist nicht klar, wie die stark steigenden Kosten über das Krankenversicherungsgesetz mit Kopfprämien getragen werden sollen. Und andererseits befürchten die Menschen – und zwar auch solche mit mittleren Einkommen –, im Alter von der Sozialhilfe abhängig zu werden, weil die Kosten in einem Pflegeheim das private Vermögen in kurzer Zeit auffressen. Die Diskussion über eine obligatorische Pflegeversicherung muss deshalb wieder aufgenommen werden.

Mehr Anerkennung für Pflegeberufe

Wenn wir politisch die Zügel nicht energischer in die Hand nehmen, wird uns bald nicht nur das Geld, sondern auch das Personal fehlen. Pierre Théraulaz machte als Präsident des Berufsverbandes der Pflegefachleute klar, dass die Arbeit im Pflegeberuf attraktiver werden und zu mehr gesellschaftlicher Anerkennung kommen muss, wenn wir nicht in einen eigentlichen Pflegenotstand geraten wollen. Im Zentrum steht dabei die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar ausgerichtet auf die besonderen Bedürfnisse der Pflegenden mit ihren atypischen Arbeitszeiten. Iren Bischofberger wies in ihrem Referat auf die aktuelle und auch künftige Bedeutung der Angehörigenpflege hin. Als Forschungsleiterin von Careum machte sie klar, dass sich die Bedingungen für die Angehörigenpflege dadurch stark verändern, dass künftig auch die Frauen in der Regel bis zum Pensionierungsalter in vollen Pensen erwerbstätig sind und damit nicht mehr im selben Umfang für die Angehörigenpflege zur Verfügung stehen wer-

den. «Work and Care» heisst hier das Stichwort, hinter welchem Modelle stehen, mit denen die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihre Angestellten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenpflege unterstützen.

Grosser Koordinationsbedarf

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der beschlossenen Pflegefinanzierung waren ein weiteres Thema am Seminar. Um herauszufinden, wo die Versäumnisse sind, waren Vertreterinnen und Vertreter von Santésuisse, den Kantonen sowie der Preisüberwachung eingeladen. Bettina Ramseier als Vizepräsidentin von Curaviva machte im einführenden Referat klar, wo und weshalb die Heimbewohnerinnen und Heimbewohner immer mehr aus dem eigenen Portemonnaie zahlen müssen. Die Konfrontation der verschiedenen Akteure zeigte einmal mehr, wie gross der Koordinationsbedarf

Die wachsenden Kosten machen den Menschen Angst.

zwischen den Kantonen und den Trägern der Heime – in der Regel Gemeinden oder Stiftungen – sowie zwischen verschiedenen Sozialversicherungen ist. Der Föderalismus hat im Gesundheitswesen eine unglaublich verteuernde Wirkung – nicht neu, aber immer wieder erschreckend. Immerhin steht das Versprechen im Raum, dass sich alle nochmals zusammensetzen wollen, um zu klären, ob die Lücken mit Verträgen oder mit klareren gesetzlichen Grundlagen geschlossen werden müssen.

Die Diskussionen unter den Fachleuten und Interessierten machten klar, dass wir in den nächsten Jahren auf komplexe Fragen Antworten finden müssen. Dazu müssen wir nebst vielen weiteren Herausforderungen die Hürden des Föderalismus überwinden und die Sozialversicherungen besser aufeinander abstimmen. Das Ziel einer qualitativ guten, finanzierbaren und gesicherten Langzeitpflege für alle Menschen in diesem Land ist es wert, dass wir die Aufgaben anpacken – gemeinsam.



jacqueline.fehr@spschweiz.ch
ist Nationalrätin aus dem Kanton Zürich

SMS-TALK

Mattea Meyer
Vizepräsidentin der JUSO Schweiz
übernachtet zurzeit im Iglu-Dorf
der JUSO in Davos



Na, gut geschlafen?

Ja, ein bisschen kalt war es, aber geschlafen hab ich gut.

Wie viele Leute seid ihr denn?

Jetzt übers Wochenende waren wir jeweils so zwischen 20 und 30.

Dann könnte ich also auch noch kommen? Hat es noch Platz?

Ja, es hat noch leere Iglus und wenn man zusammenrückt, ist es eh wärmer ☺ Und für die ganz zart Besaiteten haben wir noch zwei beheizte Jurten.

Und bis wann schlaft ihr jetzt in diesen Iglus?

Die ganze Woche, bis am Samstag, 28. Januar. Am Sonntag beginnt dann wieder der Abbau.

Eigentlich seid ihr ja da, weil ihr gegen das WEF protestieren wollt. Was stört euch am WEF?

Wir wehren uns gegen die Macht der Konzerne und korrupten Eliten. Diese Leute meinen, sie könnten über die ganze Welt bestimmen.

Unser Slogan lautet: «Don't let them decide for you! OccupyWEF!»

Fürs Naturfeeling hättet ihr aber auch woanders ein Iglu bauen können. Wie zeigt ihr denn euren Protest gegen das WEF in Davos?

Dadurch, dass wir die ganze Woche im Dorf Präsenz zeigen und immer wieder spontane Aktionen machen. Am Samstag ist dann das grosse Dorfplatzfest.

Und wenn man nicht kommen kann, wie kann man euch sonst noch unterstützen?

Wir haben eine Homepage www.occupywef.ch, da sind immer alle neusten Infos drauf. Und natürlich brauchen wir auch Spenden ☺ 85-274922-6

Viel Spass noch und friert mir nicht durch!

Danke und bis bald! OccupyWEF!

Nichts gelernt aus Fukushima

Mit einer Verzögerungs- und Kommunikationsoffensive versucht das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI zusammen mit den AKW-Betreibern die Stilllegung der Uralt-Reaktoren zu umschiffen. Jürg Joss

Der Super-GAU in Japan zeigte gewaltige Sicherheitsmängel der Atomtechnologie auf. Deutschland setzte kurzerhand 8 von 17 Reaktoren ausser Betrieb, in Japan waren Ende 2011 nur noch 9 von 54 Reaktoren in Betrieb. Die Schweiz betreibt dagegen weiter Uralt-AKW: Dieses Jahr wird Beznau 1 42 Jahre alt, das «jüngste» AKW Leibstadt ist bereits 27 Jahre alt. Alte Reaktoren sind nicht auf den Stand der Technik nachrüstbar, räumliche Trennungen fehlen, es mangelt an Platz; Terroranschlägen, Erdbeben und Flugzeugabstürzen sind sie hilflos ausgeliefert. Das AKW Mühleberg, welches nur eine Flussbiegung unterhalb eines Staudamms liegt, ist speziell gefährdet. Die Mängel sind bekannt, das ENSI fordert Nachrüstungen jedoch erst in Jahren ein.

ENSI-Verfügungen verschaffen Zeit

Das ENSI erliess mehrere Fukushima-Verfügungen, immer wieder wurde den Betreibern viel Zeit eingeräumt und ausreichend Nachsicht geübt, damit diese mit weisser Weste dastehen. In der Zwischenzeit laufen die AKW weiter, Fukushima rückt in die Ferne. So ord-

nete das ENSI unmittelbar nach dem Super-GAU in Japan an, die Schweizer AKW hätten zur Bekämpfung schwerer Unfälle ein externes Notfalllager einzurichten. Im Juni 2011 verkündete das ENSI auf seiner Homepage: «Das Notfalllager ist termingerecht eingerichtet worden und entspricht den Anforderungen.» Die Information sollte zeigen, dass die Mittel für anzunehmende Notfälle einsetzbar sind.



Bild: Ex-Press

Die Bevölkerung konnte sich «entsorgen». Die neuste Verfügung des ENSI jedoch lässt aufhorchen: «Das ENSI wird die Erstellung einer umfassenden Strategie zum gezielten Einsatz der mobilen Accident-Management-Diesel (...) weiterverfolgen.» Es fehlte also bisher eine Einsatzstrategie für die eingelagerten Notfallgerätschaften – die AKW waren ein weiteres Jahr ohne wirksamen Schutz geblieben.

Beispiel Mühleberg

Das AKW Mühleberg ist baugleich mit demjenigen in Fukushima. Schon vor Fukushima waren gravierende Mängel bekannt. Trotzdem erhielt Mühleberg Ende 2009 eine unbefristete Betriebsbewilligung. Gegen diesen Entscheid erhoben Klägerinnen und Kläger aus den Zonen 1 und 2 eine Kollektivbeschwerde. Um sie zu unterstützen, wurde 2010 der Verein «Mühleberg Verfahren» gegründet. Der Verein hilft ihnen finanziell, technisch und juristisch. Helfen Sie weitere Mitglieder zu mobilisieren, unterstützen Sie mit uns die Beschwerdeführenden.

> www.muehleberg-ver-fahren.ch

Jürg Joss

SP-Gemeinderat in Bätterkinden,
Präsident von «Mühleberg ver-fahren»
und Vizepräsident von Fokus Anti Atom



Schluss mit Steuergeschenken

Das Kapital hat ein Ziel: seine totale Steuerbefreiung. Steuern sollen nur noch über die Mehrwertsteuer bezahlt werden. Pflöcke dieser Steuerverweigerung sind die Unternehmenssteuerreformen (USR). Margret Kiener Nellen

Gegen die USR II hat die SP alle Instrumente eingesetzt: Im Parlament Anträge auf Nicht-eintreten, Rückweisung, Fragen – unbeantwortete – zu den Steuerausfällen, Ablehnung der Vorlage. Schlussendlich das Referendum – mit den Gewerkschaften engagiert geführt gegen eine millionenschwere Kampagne von Economiesuisse & Co. Mit 49,5 Prozent Nein-Stimmen gehört dieses Referendum zu den knappsten Volksentscheiden in der Geschichte der Schweiz.

2011 dann der Gang zur Justiz mit den beiden Abstimmungsbeschwerden von Daniel Jositsch und mir, nachdem die neue Finanzministerin Widmer-Schlumpf plötzlich Milliarden-Steuerausfälle aus steuerfreien Dividenden (Kapitaleinlageprinzip) öffentlich macht. Das Bundesgericht entscheidet in einem Grundsatzurteil am 20. Dezember 2011:

- dass es seit der Justizreform von 2007 für Abstimmungsbeschwerden auf Bundesebene zuständig ist,
- dass der damalige Bundesrat (mit Blocher/Merz) mit seiner lückenhaften und manipulierten Information die Stimmberechtigten irreführte,
- dass diese Mängel zwar schwerwiegend sind, aber dennoch nicht reichen für die von uns beantragte Aufhebung der Volksabstimmung.

Es ist wichtig, in den Kantonsparlamenten eine Bilanz der Ausfälle aus der USR II zu erhalten. Als Muster dafür kann meine Interpellation dienen. Denn die Ausfälle bei der Einkommenssteuer vermindern die Ressourcen der Kantone, Städte und Gemeinden. Die SP wird sich weiter für eine gerechte Besteuerung aller Erträge aus Aktien einsetzen. Der Ständerat kann den neoliberalen Eilzug zur USR III stoppen, indem er eine FDP-Motion ablehnt, die im Nationalrat unterstützt wurde und erneut zu Milliarden-Steuerausfällen führen würde.

margret.kienernellen@spschweiz.ch
ist Nationalrätin aus dem Kanton Bern



«Von der Wachsmatrize zum Hochleistungscomputer»

Nach 38 Jahren im Dienst der SP ist Ruth Straubhaar alias «Strubi» seit Ende Jahr offiziell AHV-bezugsberechtigt. Das heisst aber noch lange nicht, dass sie nun im Ruhestand ist! Andrea Bauer

«Von der Wachsmatrize zum Hochleistungscomputer» könnte der Titel zu ihrer beruflichen Laufbahn bei der SP lauten, sagt Strubi und lacht. (Gut, das machen wir gerne.) Aber von vorne: Begonnen hat diese Laufbahn 1973, als sich Ruth Haas, wie sie damals noch hiess, auf ein Inserat bewarb, mit dem die SP Schweiz eine Sekretärin suchte. Das Anstellungsgespräch fand in der Wandelhalle statt und der damalige Parteipräsident Arthur Schmid befand, sie sei sehr geeignet für die Stelle. Wenn auch etwas jung. Strubi war damals 26 Jahre alt. Im Bundeshaus ging sie während der nächsten drei Jahrzehnte ein und aus, als wäre es ihr Wohnzimmer. Als ihr ein Sicherheitsbeamter am Tag der Bundesratswahl einmal den Zutritt verwehren wollte, meinte sie nur: «Junger Mann, ich bin hier schon ein und aus gegangen, als Sie noch gar nicht auf der Welt waren», und marschierte unbeirrt durch.

In all den Jahren sei sie einigen ganz grossen Tieren begegnet, erinnert sich Strubi. Willy Brandt etwa habe sie zweimal getroffen, aber auch dem Österreicher Bruno Kreisky, der gleichzeitig mit Brandt Kanzler war, sei sie persönlich begegnet. Und vor den Sitzungen mit Bundesrat Pierre Graber habe sie vor Nervosität jeweils ein riesiges Durcheinander im Bauch gehabt. Aber auch mit Elefanten, Kamelen und schlaun Füchsen habe sie es zu tun gehabt. Dazu gebe sie aber keine weiteren Auskünfte, meint sie und schmunzelt. Strubi hat während ihrer Zeit bei der SP mit sieben ParteipräsidentInnen und sechs GeneralsekretärInnen zusammengearbeitet und in zehn nationalen Wahlkämpfen mitgewirkt. Fragt man sie, an welche Wahlen sie sich besonders erinnere, kommt es wie aus der Pistole geschossen: «75! Damals hat die SP 10 Sitze gewonnen.» Geblieben seien ihr aber auch die grossen Verluste 1987 und 2007. «Ich bin eben auch ein Geschichtsbuch», sagt Strubi. Wie wahr – und das Schöne daran: Strubi ist nicht nur ein Geschichtsbuch, sondern auch ein Anekdotenbuch.

Ab 1985 arbeitete sie als Sekretärin für Ruedi Strahm und «wirkte respektive litt», wie sie sagt, fortan bei all seinen Publikationen mit. Wer den Test machen will, nehme irgendeines von Strahms Büchern und lese das Vorwort: Irgendwo wird etwas stehen wie «Danken möchte ich allen voran meiner Mitarbeiterin Ruth Straubhaar. Ohne die Zusa-

ge ihrer Unterstützung hätte ich das aufwendige Werk gar nicht erst angefangen.» Für die SP Schweiz organisierte Strubi weiterhin Grossanlässe. Die epochalsten ihrer Karriere seien die Programmparteitage 1982 und 2010 gewesen, sagt sie. Und natürlich der sogenannte Austrittsparteitag 1984, als nach der Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen über die Regierungsbeteiligung diskutiert wurde. Als Strahm 2004 Preisüberwacher wurde, holte Hans Jürg Fehr das Organisationstalent Strubi zurück zur SP Schweiz.

In ihrem Büro an der Spitalgasse schrieb Strubi auch so manches Protokoll. Als sie dabei einmal durch laute Musik aus den Lauben gestört wurde, drückte sie kurzerhand dem KV-Lehrling ein Nötli in die Hand und bat ihn dafür zu sorgen, dass die Strassenmusikanten sich weiter unten beim «Mercur» aufstellten und bis Ende Woche nicht mehr nach oben verschoben. Strubi weiss sich immer zu helfen, aber auch für andere hat sie immer ein Rezept parat: sei es für ihr wunderbares Thonmousse (fast keine Mayonnaise, dafür Quark) oder gegen Blasenentzündung (eine Handvoll Majoran in einen Kübel mit heissem Wasser geben und draufhocken).

Bei Strubi gibt es aber nicht nur Rezepte zu holen, sondern auch den neusten Klatsch und Tratsch aus der Partei. «Durch meine Wachsamkeit, meine rasche Auffassungsgabe und vor allem auch durch meine Neugierde habe ich immer viel gewusst», sagt sie. Sie habe aber auch eine farbenfrohe Fantasie. Und so habe sie halt

manchmal auch von Paaren gewusst, die gar keine waren, oder von Schwangeren, die gar nicht schwanger waren. Tauchten im Sekretariat jedoch einmal reale Kinder – oder auch Hunde – auf, war Strubi die Super-Nanny.

Irgendwie wiederholt sich nun, nach 38 Jahren, ein wenig die Geschichte: Strubi ist zu jung für die AHV. Und erst recht für so etwas wie Ruhestand. Eines ihrer «SP-Kinder», die Gruppe 2015, wird sie darum auch weiterhin betreuen. Diese Gruppe der regelmässigen Spenderinnen und Spender wurde für die Wahlen 2003 ins Leben gerufen. Als Strubi nach dem ersten Anlass die Rechnung der mit der Organisation betrauten externen Firma sah, übernahm sie kurzerhand das Ruder – mit der Begründung, das könne sie besser und günstiger.



«Das wurmt mich jetzt, dass ich das nicht gemerkt habe» – Strubi nach ihrer Überraschungs-Verabschiedung an der DV in Luzern.

ROTSTICH

Nichts für Ungut!

Verhältnismässigkeit war am Wochenende nicht das Motto der KaPo Bern: die ganze Stadt abgeriegelt, der öV lahmgelegt, Kastenwagen, soweit das Auge reichte. Und das alles wegen einer Handvoll WEF-DemonstrantInnen.

Jedoch: Es gibt auch unter den OrdnungshüterInnen solche, die sich Gedanken über die Verhältnismässigkeit ihres Einsatzes machen. Das weiss ich seit letztem Frühling.

Es war am Pfingstmontag. Über die freien Tage hatte ich mein Büchergestell ausgemistet und so steckte ich zwei Bücher in meine Tasche, um sie auf dem Weg zum Bus bei der Entsorgungsstelle loszuwerden. Dort angekommen, klappte ich den Deckel des Altpapierkübels hoch und warf sie rein.

Da bewegte sich hinter der Hecke etwas. Ein Mann in blauer Uniform streckte seinen Kopf hervor – ein Securitas: «Sie wissen, dass man an Feiertagen die Entsorgungsstelle nicht benutzen darf!», rief er und kam – bewaffnet mit einem Klemmbrett – stechenden Schrittes auf mich zu. Ich: «Ui, das habe ich nicht gewusst. Gilt das am Pfingstmontag auch?» Er: «Ja, das ist ein Feiertag. Ich muss Ihnen eine Busse dafür ausstellen.» Ich: «Aber ich habe doch nur zwei Bücher ins Altpapier geworfen. Das macht überhaupt keinen Lärm.» Er: «Sie haben schon recht und ich will Ihnen ja auch nichts Böses, aber ...», mit dem Kopf wies er in Richtung Gartenbeiz, von wo aus rund ein Dutzend Leute die Szene beobachteten, «... die Leute dort drüben haben uns schon gesehen.» Ich schwieg. Da nahm er das Klemmbrett und sagte mit zusammengepressten Lippen: «Hören Sie: Ich tue jetzt so, als würde ich Ihnen eine Busse ausstellen.» Er bewegte seinen Kugelschreiber über das Formular, als würde er es ausfüllen. Als ich das Gefühl hatte, es müsste jetzt langsam ausgefüllt sein, fragte ich, ob er fertig sei. «Ja, Sie können gehen, schönen Tag noch. Und nichts für Ungut!»

Neu im Zentralsekretariat arbeitet **Eliane Boss**, sie wird den Bereich Fundraising unterstützen. Eliane Boss ist Marketingplanerin und ausgebildete Fundraiserin VMI



an der Uni Freiburg. Aufgewachsen ist sie in Hinterkappelen im Kanton Bern und wohnt seit einigen Jahren mit ihrem Lebenspartner in Langenthal. Ihre beruflichen Erfahrungen im Marketing und Fundraising hat sie in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Verkehr im Bereich Tourismus, bei einer Dialogmarketing Agentur, und die letzten fünf Jahre im Fundraising des Schweizerischen Roten Kreuzes gesammelt. Sie freut sich auf die neue Aufgabe bei der SP Schweiz als Projektverantwortliche im Fundraising.

Mitte August 2011 – mitten im Wahlkampfzirkus – hat **Christian Götz** seine Praktikantenstelle bei der KamKom angetreten. Nach dem heissen Herbst und dem



roten Sturm hat der 31-jährige Soziologe seine Feuerprobe überstanden und will sich jetzt noch intensiver in die Partearbeit vertiefen. Ab Februar 2012 tritt er seine neue Stelle als Projektleiter KamKom bei der SP Schweiz an. Schon im Spätherbst hat er die Leitung des Social-Media-Bereichs übernommen und wird diese Aufgabe weiterführen und ausbauen. Besonders spannend findet er seinen Aufgabenbereich «Betreuung der Kantonalparteien und Sektionen». Er freut sich sehr auf den Austausch und eine gute Zusammenarbeit.

Ebenfalls als Wahlkampf-Praktikant in der Abteilung Kampagnen und Kommunikation der SP Schweiz hat **Markus Müller** während eines Jahres seine Spo-



ren abverdient. Die Mitarbeit im Wahlkampf hat ihm sehr gut gefallen. Er freut sich, neu als Projektleiter bei der SP Schweiz arbeiten zu können. Markus wird die KamKom-Leitung bei verschiedenen Kampagnen unterstützen. In erster Linie jedoch ist er für die redaktionelle Betreuung der SP-Website und weitere Onlineprojekte wie die Plattform «sp-mitmachen.ch» zuständig. Ausserdem ist er Ansprechperson für diejenigen Kantonalparteien und Sektionen, die auf eine Website im Design der SP Schweiz umsteigen wollen.

LESERINNENBRIEFE

Neue Konturen in der SP sind nötig

Der Teil unserer Politik, der gefällt und beliebig daherkommt, ist als gescheitert zu betrachten. Die Verfechter dieser lauen Politik sollten umdenken. Ein Paradigmenwechsel ist angesagt. Gefragt sind Linke, wirklich linke RealitätspolitikerInnen. Das bedeutet: Nicht nach dem Mittelstand schießen, aber stets offen für ideologisch-liberale, bewusste, sozialkritische Intellektuelle mit einem guten Einkommen und guter Ausbildung.

Den Menschen mit mittlerem und kleinem Einkommen aktiv zugewandt, den Menschen, die sich von der Politik angewidert und resigniert abgewandt haben. Das bedeutet auch: Einschränkung der Personenfreizügigkeit. Wer behauptet: «Wir brauchen die Personenfreizügigkeit», erzählt unreflektiert einen grossen Hafenkäse und hilft den miesen Verfechtern des Lohndumpings. Entschleunigung der Zuwanderung. Lohndumping prioritär verhindern. Nicht die Zuwanderer, sondern die Verursacher der Zuwanderung bekämpfen!

Weg von den religiösen Einflüssen und deren Symbolen durch den Islam, weg mit den evangelikalen Fanatikern, weg mit den Ratzingers. Hin zu den humanitären, ethischen Werten der Aufklärung.

Eine knallharte, glasklare Wirtschaftspolitik: Betriebe mit mehr als 500 Mitarbeitenden werden der demokratischen Kontrolle zugeführt. Durch Wohnen und Gesundheit darf kein Privatgewinn erzielt werden. Diese Bereiche sind genossenschaftlich beziehungsweise alternativ zu organisieren. Die Finanzwirtschaft wird der demokratischen Kontrolle zugeführt. Transaktions-Steuer für den Handel mit Aktien und Derivaten.

Die Oberschicht pflücken: Für Einkommensbezüger von jährlich mehr als 150 000 Franken wird das Bankgeheimnis aufgehoben. Auf diese Einkommensgruppe werden kantonal und auf Bundesebene künftig mehr als doppelt so viele Steuerprüfer angesetzt. 25 Prozent Mehrwertsteuer für klar definierte Luxusartikel, auch für den Kauf von luxuriösen Wohnungen und Liegenschaften. Spekulationsgewinne werden ein-

gezogen und der AHV zugeführt. Wer mithilft, zulasten anderer grosse Gewinne zu erzielen, wird als Straftäter verurteilt und nicht als erfolgreicher Geschäftsmann gefeiert. Die Auswanderung der abzockenden Oberschicht wird gefördert.

Hans Roggwiler, Zwillikon, SP-Mitglied

Bravo, gut gemacht

Nach einem weiteren prozentualen Verlust – notabene nach dem Jahrhunderttief 2007 – scheint die SP genügsam zu werden. Selbstkritik, bis anhin eine Stärke der Linken, kommt ihr abhanden. Durch die Sitzgewinne wird die Analyse nur mit einem Auge gemacht. Die selbstgerechten Argumente von Christen und Levrat können langfristig zum Bumerang werden, wie auch die damit verbundene Titelschlagzeile «Bravo, gut gemacht».

Die Taktik (Listenverbindung) und die einzelnen starken SP-Köpfe (siehe Ständeratswahlen) haben sehr wohl dieses Lob verdient. Aber das anhaltende Tief unterhalb der 20-Prozent-Grenze muss schleunigst selbstkritisch analysiert werden.

David Mugglin, Luzern

30. März
Koordinationskonferenz
in La Chaux-de-Fonds

31. März
**Delegiertenversammlung
der SP Schweiz**
in La Chaux-de-Fonds

22. Juni
Koordinationskonferenz

23. Juni
**Delegiertenversammlung
der SP Schweiz**

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

**Möchtest du dich weiterbilden
und gewerkschaftliche Positionen
und Forderungen kennen lernen?
In folgenden Seminaren sind noch
einige Plätze frei.**

D1.3.1201/ D1.3.1202
**Basiskurs für Mitglieder
von Stiftungsräten und
Vorsorgekommissionen**
7.–9. März oder 21.–23. März in Thun
Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, BVG-Rechtsformen und Begriffe, Verantwortung und Haftung, Information, technischer Zins, individuelle Vorsorge. Referenten: Sabino di Mambro (Unia), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia), Thomas Scheebeli (Experte)

D2.5.1202/D2.5.1203
Stress in Beruf und Alltag
19.–20. März in Wangen oder
18.–19. April in Läuelfingen
Standortbestimmung, Stressanalyse, Zielsetzungen, Umgang mit Belastungen. Referentinnen: Nora Herzog oder Astrid Mehr (Erwachsenenbildnerinnen)

D2.6.1227
Wie lerne ich effizient
26.–27. März in Zürich
Auseinandersetzung mit dem eigenen Lernen, Lernbiografie, biologische Grundlagen, Lerntypen und Lernstile, Übungen für bessere Lernstrategien. Referentin: Emilianella Della Torre (Erwachsenenbildnerin)

Movendo bietet auch Weiterbildungen für Mitglieder einer Personalkommission oder einer Vorsorgekommission und zahlreiche Kurse zu den Themen Kommunikation, Umgang mit Konflikten, Stress in Beruf und Alltag, Berufs- und Lebensgestaltung, Vorbereitung auf die Pensionierung.

Das gesamte Kurs-Programm findest du unter www.movendo.ch oder in unseren Broschüren, die wir dir gerne zustellen (info@movendo.ch oder Telefon 031 370 00 70)



Hermann Strittmatter
Doyen der Schweizer
Werbung. Gründer der
GGK Zürich. SP-Mitglied.

Intoleranz ist kein Privileg der Rechten

Dies ist kein Pamphlet. Dies ist kein Programm-Entwurf. Dies ist keine Analyse. Dies ist mein Wutanfall gegen reglementierung-süchtige, radikal-fundamentalistische Taliban. Ihm ist also mit viel Toleranz zu begegnen. Danke.

Dass es Reglemente braucht, die für die soziale, wirtschaftliche, ökologische Sicherheit einer ganzen Gesellschaft sorgen müssen, ist klar. Drei Stichworte: Sozialwerke, Banken, CO₂.

Wenn es um Vorschriften für den Lebensstil des einzelnen Menschen geht, dreht die gutgemeinte Fürsorge in Intoleranz. Die demokratisch legitimierte Mehrheit zwingt der Minderheit ihr eigenes Leben auf: Die anderen sollen auch nur so leben wie ich. Also auch nicht ohne Helm und zu jung Velo fahren. Also auch weniger Fett und Salz und Zucker essen. Also auch überhaupt nirgends mehr rauchen. Die Liste liesse sich problemlos ergänzen. Jeden Monat ist mit einem neuen Vorstoss gegen die persönlichen Freiheiten zu rechnen, leider mehrheitlich von linker Seite. Auch die Frequenz der Paarungen wäre ein geiles Thema für triebhafte Sittenwächter: Mit «In der Woche zwier, schaden weder ihm noch ihr» hat es Martin Luther auch schon mal versucht.

Der absolute Heuler, der sogar die Anti-EU-Beitritts-Orgie der SVP übertrifft, ist der Kampf um die Ladenöffnungszeiten. Es gibt nämlich Leute, die hört, hört, ganz gerne dann arbeiten, dann einkaufen und dann ihr Geschäft offen lassen wollen, wenn es ihnen am besten passt. Voraussetzung ist, dass das Personal Kompensationen erhält. Die Begünstigten wären übrigens unsere eigenen Leute: Gestresste, die nach Arbeitsschluss einkaufen möchten. Und jene, die auf einen zusätzlichen Verdienst angewiesen sind. Aber nein: Jetzt kommt krude Intoleranz auf: Ich kaufe auch nicht am Abend oder am Sonntag ein: Die anderen sollen also auch nicht! So kommt mir das vor, wenn ich den Liberalisierungsgegnern zuhöre.

So, jetzt ist die Wut abgelassen und die Ruhe wieder eingekehrt, die zum spießbürgerlichen Arrangement verleitet: Alles ist immer eine Frage des Masses. Lieber als Linke und Rechte, die nicht weit voneinander entfernt wüten. Les extrêmes se touchent.

NEUES DATUM

7. September
**Koordinationskonferenz
der SP Schweiz**

8./9. September
**Ordentlicher Parteitag
der SP Schweiz**



Die Anmeldefrist für das Nachwuchs-Förderprogramm läuft noch bis Ende Januar.
Infos und Anmeldung für junge Politalente unter
www.spschweiz.ch/perspektiven

IMPRESSUM

Herausgeber
SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)
Abonnementspreise
Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
linksabo@spschweiz.ch

Redaktion
Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel Furter (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Pascal Ludin (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Leyla Gül (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion
andrea.bauer@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept
muellerluetolf.ch

Produktion
Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck
Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen
Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23.1.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 13.2.

clever!

Softshell & Polar-Fleece zip in!

U
n
i
s
e
x



Rundum Outdoor - Bekleidungssystem von OutQuest®:
3 Qualitäts-Jacken in Einer - 5 Tragevarianten - 1 Preis

Jederzeit perfekt gekleidet - dank der Kombination von 3 bewährten Outdoor-Klassikern

Highend Funktions-Aussenjacke mit herausnehmbarem **Polar Innenfleece-Jacke**.

Elegante Softshell-Jacke Urban-Style nahtlos in die Aussenjacke einzippbar.

Beide extrem leicht und hochgradig atmungsaktiv (6'000 g/m²/24h).

100% wasserdicht (Wassersäule: 20'000 mm), Nähte verschweisst.

Hohe Elastizität lässt viel Bewegungsfreiheit zu. 2 Hüfttaschen mit Reissverschluss, 2 Innenfächer.

Zweiwege- sowie Systemreissverschluss mit Kinnschutz.

Sturmfeste Kapuze abnehmbar oder in den Kragen einrollbar. Belüftungs RV Achselhöhe. Verstellbarer Ärmelbund etc...

Fleece-Jacke warm und bequem

Sturmhaube



RUNDUM-SET-ANGEBOT

Funktions-Aussenjacke + Polar-Fleecejacke + Soft-Shelljacke sowie zusätzlich eine ultradünne Sturmhaube (idealer Wärmeschutz unter den Helm).

statt 629.- 198.-

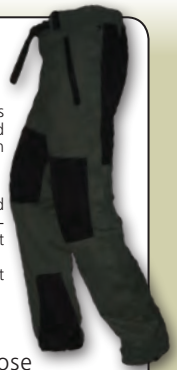


Unisex
Größen: S, M, L, XL, XXL
green black blue

Hoch atmungsaktive Materialien - der Schlüssel zu Ihrem persönlichen Wohlfühlklima

Dazu passend:

Durchgehender seitlicher Reissverschluss für das einfache An- und Ausziehen auch als Überhose. Verstärkungen am Knie und Gesäss. Halbelbstbund mit Klett verstellbar. 2 Taschen mit Reissverschluss.



Funktions-Trekking Hose

Aus dem gleichen Material gefertigt wie die Aussenjacke, ergänzt diese ebenfalls hochgradig wind- und wetterbeständige Trekking Hose das durchdachte Outdoor Bekleidungs-system in idealer Weise.

statt 169.-

Farbe schwarz. Größen: S, M, L, XL, XXL.

98.-

Mobiler (Shiatsu) Massager Relax Premium 4in1

Gönnen Sie sich Ihren eigenen Privat-Masseur

- **Knet-, Roll-, Vibrations- und SWING-Massage** in einem Gerät, neu mit **Infrarotwärme**
- Passt auf jeden Sitz, rutschfest, leicht verstaubar. Ganzer Rücken- oder gezielte Bereichsmassage

Kombiniert modernste Technik mit traditionellem Wissen. Nur wenn Sie es erlebt haben, werden Sie es glauben: „**Massiert wie die echten Hände!**“ Die tiefwirkende Shiatsu Knetmassage **stimuliert** und **stärkt die Rückenmuskulatur**. Die äusserst sanfte Rollmassage regt **Blutkreislauf** und **Lymphdrainage** an. Die zuschaltbare, wohltuende **Wärmefunktion** intensiviert die Tiefenwirkung der Massage noch zusätzlich. Die Vibrationsmassage wirkt muskelerkämpfend und fördert auch die **psych. Entspannung**. Und mit Swing lässt sich Ihr **Chi-Fluss** aktivieren und harmonisieren. 2 Jahre Garantie.



Macht aus jedem Sessel den perfekten Massagestuhl

Inkl. 12V Adapter für's Auto.



Schaffen Sie sich Ihre jederzeit zugänglichen Ruhe- und Entspannungszonen!



Verwendet neueste Technologie, die bisher nur den massiven und schweren Massage-Fauteils vorbehalten war. An Stelle kreisförmig drehender Massageballen kommen hier speziell entwickelte, längliche Dual-Druckpunktachsen zum Einsatz, die sich sich parallel oder asymmetrisch Ihren Rücken entlang winden und so 3D optimal u. authentisch die gefühlvollen Hände und Finger eines professionellen Masseurs imitieren.



Mehr Tiefenwirkung dank **Infrarotwärme**

Shiatsu Knetmassage

Tiefwirkende Knetmassage über den ganzen Rücken sowie gezielt Schulter- oder unterer Rückenbereich. Im **Spot Shiatsu Modus navigieren Sie** die Massage genau dort hin, wo Sie es möchten.

Rollmassage

Äusserst sanfte und angenehme Massage-technik. Regulierbare Druckverteilung entlang der Wirbelsäule dank **variabler Breiten- u. Tiefeneinstellung**.

Swing-Massage

Kombiniert sanfte Knetmassage mit leichten seitlichen Schwingbewegungen. Ihr ganzer Körper wird so analog zu einem Pendel leicht und entspannend in Schwingung versetzt.

Vibrationsmassage

Individuell zuschaltbare 3-Stufen-Vibrationsmassage (Gesäss).

statt 448.-

249.-

Massage zugeklappt: 68x46x14 cm (LxBxH). Gewicht ohne Adapter: 3,6 Kg

SMARTQ



SmartQ Wellness Neck Massager Shiatsu Nacken-Massagegerät mit Wärmefunktion

- Shiatsu Knetmassage
- Infrarot-Wärme zuschaltbar
- Geräuscharmer Antrieb

Einzigartige dreidimensionale knetende Shiatsu Massage. Massiert gezielt den meist verspannten Nackenbereich. Zwei grosse, kraftvolle Massageköpfe. Zuschaltbare Wärmefunktion zur Anregung der Blutzirkulation und Muskelentspannung. Praktische Riemen zur einfachen und individuellen Regulierung des Anpressdrucks. Kompakt und leicht.

Praktische Riemen zur einfachen und individuellen Regulierung des Anpressdrucks. Kompakt und leicht.

statt 172.-

98.-

SMARTQ



Power Spot Hand-Massager

Punktgenaue Massage wo Sie es wollen!

- Infrarot-Wärme zuschaltbar
- Klopf-Intensivmassage

Sie bestimmen Ort, Druck und Intensität der Massage. Geeignet vor allem für das gezielte angehen von **lokalen Verspannungen**.

Die gewählte Stelle wird schon nach **kurzer Behandlung intensiv und nachhaltig durchblutet**. Gerade bei **Verspannungsschmerzen** im Nacken- und Schulterbereich sowie bei **Muskelkater** lassen sich unerwartete sensationelle Resultate erzielen. 3 Jahre Garantie.

Fingertip-Speed-Control: Variable Intensität bequem und stufenlos mit Ihrem Finger steuerbar von sanft bis 2'200 Pulsationen pro Minute.



statt 149.-

98.-

SMARTQ



Intensiv (Shiatsu) Fussreflex-Massage Ideal passend zum Rücken-Massager Relax Premium 4in1

Dieses wirkungsvolle **Fuss-Reflex-Zonen-Massagegerät** stimuliert die Fuss-Reflexzonen. Einfache und authentische Umsetzung der traditionell kräftigen **Daumen-Druck-Fussreflexmassage**.

Die gezielte und warme Stimulation der einzelnen Fussreflexzonen bewirkt so eine optimale Reaktion in den entsprechenden Körperteilen. Und durch die eigene Gewichtsverlagerung lässt sich die Intensität der Stimulation durch die in zwei Richtungen rotierenden Massagefüsse gezielt beeinflussen.

- Bequem direkt mit den Zehen bedienbar
- zuschaltbare **Infrarot-Wärme**
- Geräuscharmer Antrieb

statt 269.-

129.-

SMARTQ



Brightlight Wohlfühl-Licht / Lichtdusche Kann Lichtmangel-erscheinungen ausgleichen!

Genug Tageslicht ist wichtig für die Lebensenergie und alle Vitalfunktionen.

Das spezielle, helle Licht dieser Tageslichtlampe kann - ohne Medikamente - auf den Hormonhaushalt einwirken und vorbeugend oder behandelnd gegen Winterdepressionserscheinungen eingesetzt werden.

- Simulation von Sonnenlicht: ca. 10'000 Lux.
- 45x31 Beleuchtungsfläche, 2x36 W Röhren
- Komfortable Ein-Knopfbedienung
- Mit Aufstellklappe, 3 Jahre Garantie.

beurer Sicherheit durch Qualität

statt 179.- 149.-



Lichtmangel-erscheinungen?

Leser-Spezialangebote "links.ch"

Anzahl:	Art.-Nr./Artikel:	Farbe:	Grösse:
	12-00x-42 Funktions- (inkl. Fleece) & Softshell Jacke für 198.- /Set		
	12-103-42 Trekking Funktionshose von OutQuest für 98.- /Stück	schwarz	
	21-050-42 Nacken Massagegerät für 98.- /Stück		
	21-015-42 Mobiler Massagestuhl Relax Premium für 249.- /Stück		
	21-065-42 Intensiv Fussreflexmassager für 129.- /Stück		
	21-080-42 Brightlight - Wohlfühllicht für 149.- /Stück		
	21-061-42 Power Spot Massager für 98.- /Stück		

Bestellungen an:
SwissQualified AG
Postfach, 9029 St. Gallen
Tel.: 0848 000 201
Fax.: 0848 000 202
www.sq24.ch

Name/ Vorname:

N42-ILI-42

Adresse:

PLZ/ Ort:

Telefon / E-Mail:

www.sq24.ch

Datum / Unterschrift:

Tel: 0848 000 201

Garantierte Qualität: Sie testen unsere Produkte unverbindlich mit einem 8 Tage Rückgaberecht Druckfehler vorbehalten. Preise inkl. MwSt., zuzüglich Versand (pauschal 8.50)